

Die "Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags ausser einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Gross-Berlin 10,- M., im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Umständen bezogen für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. Zugleich Volant-Abdruck, der Brief für Deutschland und Österreich 2,- M., für das übrige Ausland 2,50 M. Expedition und Verlag: Berlin S 2, Breite Straße 54.

Die wichtigsten Korrespondenzen über Herrn Kamm sind 2,- M., einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Korrigenda: Das für den Druck des Wortes 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Teuerungszuschlag. Postleiste Korrigenda laut Tarif. Familien-Korrigenda und Geburts-Befunde 2,50 M., wenn aus Berlin. Geburts-Befunde in Wort-Formen das für den Druck des Wortes 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Fernsprecher: Zentrum 2030, 2645, 4518, 4802, 4835, 4848, 4921

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

U.S.P. und Landtagswahlen

In Büttners Festreden tagte gestern Abend die Bezirksgeneralversammlung der U.S.P. Berlin-Stadt. Gegen 7 Uhr eröffnete Genosse Krause die Versammlung mit folgender Tagesordnung: 1. Die politische Situation und die Landtagswahlen. 2. Aufstellung der Kandidaten. 3. Aufstellung der Landesliste. 4. Anträge und Verschiedenes. Genosse Hilsberg führte über „Die politische Situation und die Landtagswahlen“ etwa folgendes aus:

Heute bedeutet die Beschäftigung mit der politischen Situation zuerst eine Beschäftigung mit der Situation innerhalb der Arbeiterbewegung. Wenn wir die Bilanz der Zertrümmerung der Partei in Halle ziehen, können wir feststellen: wir haben die Mehrheit der organisierten Mitglieder, etwa 60 Prozent, behalten. Aber der größte Schaden für die Arbeiterklasse liegt in der Tatsache, daß von den restlichen 40 Prozent ein sehr erheblicher Teil indifferent geworden ist. Die Kommunisten konnten die U.S.P. nicht zerbrechen, aber lähmen konnten sie unsere Partei in ihrem Kampfe gegen den Reformismus und die Bourgeoisie. Was die Kommunisten durch die Spaltung angerichtet haben, haben sie durch ihre Taktik seit Halle noch verschlimmert. Die Kommunisten haben ausschließlich gegen unsere Partei gekämpft, unsere Versammlungen gesprengt, unsere Genossen, die sich irgendwo in verantwortlichen Stellungen befinden, durch Provokationen und unehrliche Kampfesweise angegriffen. Die Kommunisten treiben lediglich eine Radikalpolitik, das beweisen auch die Vorgänge in der Berliner Stadtratsversammlung. Die Folgen zeigen sich zuerst in einer

verfälschten Agitation der Bourgeoisie

gegen die Arbeiterklasse. Die Wahlen in Sachsen, wie auch der Volksentscheid in Bremen beweisen, daß die Politik der Kommunisten alle indifferenten Schichten ins Lager der Bourgeoisie treibt.

Nach den vielversprechenden und anspruchsvollen Prophezeiungen der Kommunisten, die noch in Halle behaupteten, daß die revolutionäre Entschlossenheit unmittelfach bevorstünde, nur die Führer der Unabhängigen lähmen die Arbeiter an der Aktion, berührt es eigentümlich, daß sie jetzt, nach drei Monaten, in einem Offenen Brief die Mitarbeit der Rechtssozialisten, des Gewerkschaftsbundes, der U.S.P., der U.S.P. fordern. Ebenso eigenartig ist es, daß die Kommunisten plötzlich Forderungen aufstellen, während sie an unserem Manifest von Halle ausgeht haben, die darin aufgestellten Einzelorderungen seien ein Verrat an der sozialen Revolution.

Das Letzte ist aber, daß die U.S.P. D. den Gewerkschaften zumutet, mit den offenen Zersplitterern dieser Bewegung, den Unionisten, Syndikalistern, Dreiviertel-Anarchisten zusammen Aktionen zu machen. Dazu werden sich die Gewerkschaften mit Recht nicht bereitfinden, und ebensowenig hat unsere Partei eine Veranlassung, mit den Kommunisten zusammenzugehen. Wir haben die Erfahrung machen müssen, daß die U.S.P. D. noch jede gemeinsame Aktion zu einer

Schmutzkonkurrenz in Radikalismus

benutzt, um ihre Mitkämpfer in Stütz zu lassen. Wir haben kein Interesse, den freigelegenen Parteien der U.S.P. D. wieder mit aus dem Sumpf herauszuheben. Der Offene Brief ist die Kanferotterklärung der Kommunisten. Die Vereinte Kommunistische Partei ist bereits in den Auflösungsprozess eingetreten, und wir brauchen diesen Prozess nicht zu fördern. Wir sind Kommunisten, klar gegen die Kommunisten zu kämpfen, solange deren Politik eine akute Gefahr für die deutsche Arbeiterbewegung bildet.

Eine dauernde Gefahr aber bildet für die Arbeiterbewegung der Reformismus. Er ist Schuld an der Erfolglosigkeit der Novemberrevolution. Der Reformismus veranlaßt die Rechtssozialisten, die Schuld für die Liquidation des Krieges durch den Eintritt in die Prinz-Max-Regierung auf sich zu nehmen. Der Reformismus hat in der Arbeiterschaft die Illusion verbreitet, daß Ministeressel schon Nachrichten seien. Der Reformismus hat in der U.S.P. und in der U.S.P. D. geführt, die die Arbeiterklasse für sich zurückgeworfen hat. Das Angehörliche an der brutalen Koalitionspolitik war, daß sie jede Gefahr nur von links sah und jede Unterwerfung von rechts, von wo in Wahrheit die Gefahr drohte, annahm, im Kampfe nicht gegen die Bourgeoisie, sondern gegen das revolutionäre Proletariat! Und diese Koalitionspolitik bis zu dem abhässlichen Scheitlerak wurde noch von dem rechtssozialistischen preussischen Justizminister Heine nicht selbst dann noch, als sie von Kapp und Dittwig floh, wurde. Nicht die Rechtssozialisten haben mit dieser Partei gehandelt, sondern durch Kapp und Dittwig ist sie liquidiert worden.

Auf den heutigen Tag halten die Rechtssozialisten an der Politik des Reformismus fest, bei allen politischen Entscheidungen löst sich die Partei von der Meinung der bürgerlichen Parteien bestimmen. Die reformistische Politik lähmt die Rechtssozialisten daran, reine Arbeiterinteressen zu vertreten, da sie sich beständig nach den Koalitionspartnern richten.

Selbst heute noch, da wir eine rein bürgerliche Regierung haben, hält die U.S.P. D. noch an dieser Politik fest und trägt dieses Fehlen der U.S.P. D. bestenfalls die einzige Sorge die Unterwerfung der gegenrevolutionären Organe ist! Nach den Bedingungen, die die U.S.P. D. in der Reichsregierung gestellt haben, hätte dieses Kabinett keine Existenz länger bewirkt. Trotzdem wird es von den Rechtssozialisten noch geführt, weil diese noch immer an dem Reformismus festhalten.

Wie weit dieses Liebeln und Stützgebundenheit an die bürgerlichen Parteien geht, beweist, daß sich der Rechtssozialist Kapp bereitgefunden hat, das ungeheure Verbrechen des Verrats gegen die Arbeiterklasse zu begehen, als Genosse Krollenfeld im Hauptausgang des Vorgehens Kapp angriff. Diese reformistische Koalitionspolitik wird immer eine dauernde Gefahr für die Arbeiterbewegung bleiben, weil keine gemeinsamen Aktion

nen des Proletariats zustandekommen können, solange eine sozialistische Partei das Zusammengehen mit bürgerlichen Koalitionspartnern für wichtiger erachtet. Die Rechtssozialisten lassen auch keinen Zweifel darüber, daß sie an dieser arbeitserfreundlichen, verwerlichen Politik festhalten wollen. Erst vor kurzer Zeit hat der Rechtssozialist Braun erklärt, das Ziel des Wahlkampfes sei die Stärkung der — Koalitionspartnern! So sehr wir wissen und darnach handeln, daß der

Hauptfeind im bürgerlichen Lager steht,

müssen wir doch gerade im kommenden Wahlkampf den Reformismus bekämpfen, weil er die Einheit des sozialistischen Kampfes verhindert und die Arbeiterklasse lähmt.

Der Wahlkampf für die preussische Landesversammlung wird ein Stück Reichskampf sein, nicht weil das Wählen an sich eine Tat wäre, sondern weil eine Stärkung der Landtagsfraktion bis zur Mehrheit ein günstigeres Kampffeld für den Sozialismus schafft. Dann muß die Bourgeoisie angreifen und die sozialistische Arbeiterklasse hat alle Schichten der Bevölkerung auf ihrer Seite, die von einer sozialistischen Regierung eine Besserung der Lage erwartet. Dann wird die Bourgeoisie zu den außerordentlichem Mitteln greifen müssen, und das wird immer zum Vorteil des Kampfes der Arbeiterklasse sein.

Der bevorstehende Wahlkampf erhält aber keine besondere Bedeutung noch durch die großen Aufgaben, die zu erfüllen sind. Vor allem müssen wir in Preußen gegen Preußen kämpfen, gegen die Bundesstaatenwirtschaft, die nur

auf die Interessen der Dynastien zugeschnitten war

und endlich zu dem übrigen historischen Wunder geworfen werden sollte. Wir wollen ein einiges deutsches Volk, das sich selbst regiert in keinem eigenen Reich, um so mehr, als die Wirtschaft nach einer zentralen Leitung verlangt. Wir müssen diese Forderung auch aufstellen, um damit den Bestrebungen der Sinesen und Konfuzien zu begegnen, die das Reich zerbrechen und wirtschaftlich und politisch unter ihre absolute Herrschaft bringen wollen.

Die preussische Verfassung, die selbst hinter dem zurückgeblieben ist, was 1848 geschaffen wurde, beweist, was für Aufgaben auch auf diesem Gebiet noch zu erfüllen sind. Vor allem aber muß festgestellt werden, daß die bisherige Koalitionregierung nicht das mindeste an der alten Geheimratsverfassung und Bureaukratie geändert hat. Das beweist das beschämendste Kapitel:

Die preussische Justiz.

War diese Einrichtung schon vor dem Kriege eine Sache, die man in anderen Ländern nicht kannte, so ist sie jetzt zu einer Angelegenheit geworden, die durch eine internationale Kampagne vor allem auch in der sozialistischen Auslandspresse man so brandmarken müßte, daß sie genau so in Verfall kommt, wie der preussische Militarismus. Von rechtssozialistischer Seite ist gegen diese Klassenjustiz schlimmster Art aber nichts weiter gesprochen, als daß einmal ein Rechtssozialist eine Rede dagegen gehalten hat. Um so mehr haben wir die Pflicht, den härtesten Kampf gegen die preussische Justiz zu führen.

Nach ein Kapitel der Koalitionspolitik sei angeführt, um den ganzen Konteroff des Reformismus zu zeigen: Die deutsche Kulturpolitik. Die daran zu knüpfende Kritik ist mit zwei Worten ausgedrückt, und die lauten: Konrad Haenisch. Zu seiner Charakterisierung genügt vollkommen die Tatsache, daß er sich jetzt als Kultusminister bei den Reichskämmerer Studenten einschreibt hat! Weder in den Universitäten, noch in den Hochschulen und Volkshochschulen ist das mindeste geändert worden. In dem so wichtigen Volksschulwesen blieb alles beim alten dank des schmählichen Schulkompromisses, an dem die Rechtssozialisten getreu ihrer reformistischen Politik mitgewirkt haben.

So tut sich uns eine Fülle von Aufgaben auf. Wir haben die Pflicht, durch eine nur von den Arbeiterinteressen diktierte Politik das Proletariat um uns zu sammeln. Im Interesse der Gesamtheit der deutschen Arbeiterbewegung müssen wir das Proletariat im Kampf um sozialistische Ziele zusammenschließen, dann nur uns der Erfolg beschieden sein. Dann wird es auch gelingen, das Proletariat zu sammeln auf dem Boden des revolutionären Marxismus. (Siehe auch Seite 3.)

Protest gegen die Justizschmach

Resolution der U.S.P. D. Groß-Berlin:

Die Generalversammlung der U.S.P. D. Berlin-Stadt nahm gestern zur Annäherung Bogels einstimmig folgende Resolution an:

Die Generalversammlung der U.S.P. D. Berlin-Stadt sieht in der Annäherung Bogels einen Schlag in das Angesicht des Rechtes, geeignet, Deutschland vor der gesamten Welt herabzusetzen. Die Versammlung verlangt die Wiederaufnahme des Verfahrens gegen die Mörder Kola Lugemburgs und Karl Liebknechts, da der Prozeß vor dem Reichsgericht eine Komödie war und die Mörder und ihre Hintermänner bedeckt, hat sie zur vollen Verantwortung zu ziehen.

Sie brandmarkt das Verhalten der bürgerlichen Presse, die gegen die Annäherung eines Mörders keinen Widerspruch erhebt und damit vor aller Welt dokumentiert, daß die Klassenjustiz, die nachweisbar jeden Verbrecher schützt, wenn er Offiziersuniform trägt, den Wünschen der deutschen Bourgeoisie entspricht.

Sie verpflichtet sich, alles zu tun, daß dieser Justiz und dieser Bourgeoisie die Maske vom Gesicht gerissen wird und ihre Taten der gesamten Kulturwelt bekannt werden.

Die Lage in Spanien

Von Fabra Ribas

(Nachdruck verboten.)

Madrid, Anfang Januar.

Obwohl Spanien infolge des Bestehens einer Verfassung als konstitutioneller Staat gilt, ist es dies keineswegs. Mit Ausnahme eines Falles gab es in diesem Lande niemals konstitutionelle Regierungen. Die Regierungen dieser Nation verdanken ihr Dasein dem Willen des Königs, der Hofkamarilla oder der Armeeführer.

Ist es auch in allen anderen Ländern nur eine Einbildung, daß die Parlamente den Willen der Bewohner des Landes getreu ausdrücken, so gilt dies für Spanien in weit höherem Grade. Hier ist das Parlament fast immer so, wie es die Regierung wünscht, denn diese sorgt nicht nur mit Mitteln aller Art dafür, sich eine Mehrheit zu sichern, sondern erstreckt ihren Einfluß auch darauf, daß die Oppositionsgruppen nur die ihr genehme Zahl von Vertretern im Parlament erhalten. Darunter leiden die republikanischen Parteien fast ebenso wie die sozialistische.

Die so zustandegebrachten Parlamente tagen meist nur in kurzen Zeiträumen und auch ihre Lebensdauer ist nur eine kurze. Seit dem Bestehen der gegenwärtigen Konstitution (sie wurde 1876 ausgearbeitet) hat nur ein Parlament die normale Lebensdauer (fünf Jahre) erlebt. In dem Zeitraum vom Jahre 1910 bis 19. Dezember 1920 wurden in Spanien fünf Parlamente gewählt.

Ein anderes Zeichen für die hier herrschende Mißachtung der Verfassung ist, daß die individuellen Rechte von den spanischen Regierungen, seien sie konservativ oder liberal, wenig geachtet werden. Deshalb kommt es häufig vor, daß der diese Rechte betreffende Teil der Verfassung aufgehoben wird. Um diese Unterdrückung in die Wirklichkeit umzusetzen, bedarf es für die Regierenden in Spanien keiner schwerwiegenden Gründe. Hierzu genügen ihnen einige größere Arbeitseinstellungen oder eine Arbeiterbewegung von gewissem Umfange. Obgleich Spanien nicht an dem fürchterlichen Kampfe teilnahm, der so viele Millionen Menschenleben kostete, genügte er den Regierungen dieses Landes als Vorwand, um die versaffungsmäßigen Garantien aufzuheben. Diese wurden zwar bald nach Beendigung des Krieges wieder hergestellt, aber wir haben sie nur kurze Zeit genossen, denn vor etwa zwei Jahren wurden sie wieder aufgehoben und bleiben es bis heute. Der Grund für die Aufhebung ist die Bewegung, die hauptsächlich durch die Teuerung der Lebensmittel hervorgerufen wurde, eine Bewegung, die an fast allen Plätzen die gleiche war, und die in einigen größeren Städten bedrohliche Formen annahm.

Auch ohne Ausnahmezustand begehren die Behörden und ihre Agenten fortwährend Ungeheuerlichkeiten. Sind aber die versaffungsmäßigen Rechte erst einmal suspendiert, dann werden ständlich Gewalttaten und Unterdrückungen begangen, und die Opfer sind nicht Bürger, sondern fast ausschließlich Arbeiter.

Nach dem Gesagten wird es niemanden erstaunen, daß es in Spanien keine wirklichen politischen Parteien gibt, sondern nur oligarchische Vereinigungen mit dem einzigen Ziel, zur Macht zu gelangen. Mit Ausnahme der heute durch persönlichen Ehrgeiz und durch Ungeschicklichkeit gespaltenen Republikanischen Partei und der Sozialistischen Partei, die, wenn sie auch nicht sehr zahlreich ist, unaufhörlich Kräfte gewinnt, und eine gute Organisation besitzt, verdienen die übrigen politischen Cliquen nicht den Namen von Parteien.

Die Konservativen sind geteilt in drei Gruppen: eine unter Führung von Dato, die zweite geleitet von Maura und die dritte, befehligt von Cierza. Die beiden letzten Politiker waren es, die 1909 auf Grund des Protestes, den das Abenteuer von Marokko hervorrief, eine barbarische Verfolgung gegen die Arbeiter verwirklichten, die ihren Höhepunkt in dem Erschießen von verschiedenen Genossen und besonders von Ferrer erreichte, dem man fälschlicherweise die Führung jener Protestbewegung zuschrieb.

Wie das konservative Lager ist, so ist das liberale Lager in vier Gruppen geteilt. Der Graf von Romanones ist der Führer einer von diesen, Garcia Prieto einer anderen; Santiago Alba führt die dritte, die Melquiades Alvarez ist das Haupt der vierten, die sich reformistisch nennt. Diese letzte Gruppe ist aus der republikanischen Partei hervorgegangen und behauptet, um ihren politischen Verrat zu verdecken, daß sie die Monarchie demokratisieren will. Die spanische Monarchie ist gerade die richtige zum demokratisieren!

Im Grunde gibt es keinen Unterschied zwischen Konservativen und Liberalen; in der Ausübung der Gewalt wie in Bezug auf die Mittel, um an die Regierung zu kommen, die fast durchweg schlimmer Art sind, gleichen sie einander vollkommen. Weder Konservative noch Liberale haben die geringste Achtung vor dem Parlament und den bürgerlichen Freiheiten. Es ist überflüssig zu erwähnen, daß, wenn die einen oder die anderen an die Macht kamen, sie, wenn auch nicht offenfundig, die Interessen des Kapitalismus verfechten und verteidigen, in dessen Dienst sie direkt stehen, sobald sie nicht zur Regierung gehören.

Um zu zeigen, welches die wirkliche Stimmung in Spanien angesichts der schweren und verwickelten Umstände waren,

Die Eisenbahnerkrise

Die unbefriedigenden Zugeständnisse

In der seit Sonntag tagenden Sitzung des erweiterten Vorstandes des Deutschen Eisenbahnerverbandes gelangten die nachstehenden Entschlüsse zur Annahme:

I.

Der erweiterte Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes hat in gründlicher und gewissenhafter Weise das zwischen dem Sechzehner-Ausschuss und der Regierung zustandegekommene Verhandlungsergebnis geprüft. Angesichts der durch die anhaltende Geldentwertung verursachten Preissteigerungen auf allen Gebieten bleibt die Erhöhung des Teuerungszuschlages für die unteren Beamten und Arbeiter so erheblich, dass diese hinter den bei streikenden Erwartungen zurück, dass eine Berücksichtigung des Reichseisenbahnerpersonals ganz ausgeschlossen ist. Was außerdem den besonderen Unwillen der an der Bewegung Beteiligten erregt, ist die unsoziale Abstufung der Zulage, die übersteigt, dass die durch den Krieg hervorgerufenen Verhältnisse eine gewisse Gleichmäßigkeit der Preise auf dem ganzen deutschen Warenmarkt erzeugt hat. Unter Berücksichtigung dieses Umstandes sieht sich der erweiterte Vorstand außerstande, beruhigend auf die Mitglieder des Deutschen Eisenbahnerverbandes einzuwirken.

In der Voraussetzung, dass auch die Vorstände der übrigen großen Organisationen der Eisenbahner trotz des erreichten Teilerfolges ähnliche Schwierigkeiten in ihren Mitgliederkreisen vorfinden, beschließt der erweiterte Vorstand, die bisher im Sechzehner-Ausschuss zusammengeführten Verbände zu verlassen, die Einheitsfront aufrechtzuerhalten, um durch ein gemeinsames Vorgehen den unbefriedigenden Teilerfolg zu einem Ergebnis zu führen, das den Leitungen der Eisenbahnerverbände ermöglicht, die Bewegung in geordneter Weise abzuschließen.

Der erweiterte Vorstand beauftragt den geschäftsführenden Vorstand des Verbandes, unter Berücksichtigung der vorstehend angeführten Gründe die Verhandlungen weiterzuführen und im Bedarfsfalle auch vor dem letzten gewerkschaftlichen Kampfmittel nicht zurückzuzucken.

II.

Die verantwortlichen Verbandsinstanzen: Bezirksleitungen, Ortsverwaltungen und Bevollmächtigte sind verpflichtet, sich angelegentlichst um die Durchführung der Verhandlungen zu bemühen und zu widerstreben, dass irgend ein Teilerfolg, so haben sie die Verpflichtung, jede Verantwortung dafür abzulehnen.

III.

Der erweiterte Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes legt Verwahrung ein gegen die unwahre Berichtserstattung über die Verhandlungen des Sechzehner-Ausschusses mit der Regierung, wie sie in der „Rote Fahne“ beliebt wird. Insbesondere weist der erweiterte Vorstand die in dem Artikel „Die verrotteten Eisenbahner“ („Rote Fahne“ Nr. 15 vom 11. Januar) enthaltenen unwahren Behauptungen ganz energisch zurück. Der erweiterte Vorstand hält die Pressehefte der „Rote Fahne“ für unzulässig, als sie geeignet ist, die Einheitsfront der Eisenbahner zu zerschlagen. Er ersucht die Eisenbahner, sich durch dieses Treiben nicht beirren zu lassen und sich umso fester um ihre gewerkschaftliche Organisation zu halten.

zu lassen und sich umso fester um ihre gewerkschaftliche Organisation zu halten.

Im Anschluss an die Vorstandsbeschlüsse können wir noch mitteilen, dass am 12. Januar Verhandlungen des Sechzehner-Ausschusses mit dem Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes stattgefunden. Der erweiterte Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes tagt aus diesem Grunde weiter.

Auch die anderen Eisenbahnerorganisationen haben in ihrer Stellung genommen. Der geschäftsführende Vorstand der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner und Staatsbediensteter hat sich dahin ausgesprochen, dass die Abmachungen besonders in den unteren Lohn- und Gehaltsklassen ganz unzureichende Einkommenserhöhungen bringen. Es wird deshalb entsprechend einer vom erweiterten Gewerkschaftsvorstand erhaltenen Weisung den übrigen Großorganisationen eine Ergänzungsaktion vorgeschlagen.

Der erweiterte Vorstand der Reichsgewerkschaft der deutschen Eisenbahnbeamten und -anwärter hat ebenfalls gestern getagt. Die Vereinbarungen sind allgemein als unzureichend abgelehnt worden. Besonders wurde zum Ausdruck gebracht, dass die Zugeständnisse der Regierung bei der Regelung der Teuerungszuschläge nach dem Ortsklassensystem unzulänglich sind.

Die Stimmung unter den Eisenbahnbeamten wird am besten charakterisiert durch das Ergebnis der Urabstimmung, das jetzt für die ehemals preussisch-hessischen, sächsischen, oldenburgischen und mecklenburgischen Bezirke vorliegt. Danach haben von insgesamt vorhandenen 319 732 Beamten 73,5 Prozent, nämlich 235 000 Beamte, an der Abstimmung teilgenommen. Für den Streik haben nach Mitteilung der Reichsgewerkschaft der Eisenbahnbeamten 192 953 Beamte, also 60,3 Prozent der Beamtenschaft, gestimmt. Zu diesem Ergebnis, das der Regierung eindringlich genug beweist, wie ernst die Lage ist, bemerkt die offiziöse Meldung:

Es ist anzunehmen, dass bei Berücksichtigung der noch nicht vorliegenden Ergebnisse aus Bayern, Württemberg und Baden der Prozentsatz der für den Streik stimmenden Beamten noch wesentlich, voraussichtlich bis unter 50 Prozent, zurückgehen wird.

Welchen Sinn diese Bemerkung haben soll, ist unklar. Wie kann man einen voraussichtlichen Rückgang der für den Streik abgegebenen Stimmen erwarten, angesichts des Resultats, dass von 235 000 Beamten 192 953 für den Streik gestimmt haben? Beabsichtigt die Regierung etwa eine Irreführung der Öffentlichkeit? Es könnte ihr allerdings nur bei gänzlich harmlosen Seelen gelingen, die nicht zu lesen verstehen. Wie aber, wenn aus Süddeutschland nicht weniger einhellige Stimmen für den Streik kommen als aus Norddeutschland? Dann hätte sich die Regierung oder die offiziöse Stelle, die für diese offensbare Beruhigungsaktion verantwortlich ist, wieder einmal blamiert. Solche Blamage erspart man sich, indem man den Kopf nicht in den Sand steckt und der Öffentlichkeit Dinge vormacht, die am nächsten Tage Lüge gestraft werden können!

die der große Krieg bei allen Nationen geschaffen hat, muß festgestellt werden, daß Alfonso XIII. die letzte politische Krise dadurch gelöst hat, daß er die Regierung Dato, das heißt dem am meisten mit der Aristokratie verbundenen Führer der Konservativen übertrug. Aber nicht genug damit, gab er kurz darauf demselben Politiker das Recht zur Auflösung des Parlamentes.

Obgleich dies ungewöhnliche Vorgehen Alfonso XIII. einige Ueberraschung hervorrief, hat er immer noch festen Boden unter den Füßen. In erster Linie sind seine Neigungen reaktionär; bei der Wahl der Regierung stellt er seine Interessen vor die des Landes; dann fühlt er sich sehr hingezogen zu den großen Reichen, mit denen er Beziehungen unterhält, die die Grenze der Freundschaft überschreiten und schon in die von Geschäften übergehen.

Deshalb regiert in Spanien in diesem Augenblick einer der reaktionärsten und zu Gefälligkeiten an die Aristokratie am meisten geneigten Männer. Seine reaktionäre Gesinnung treibt ihn dazu, die organisierten Arbeiter und die sozialistische Partei zu verfolgen, um sie schließlich fast aller Freiheiten zu berauben. — In Madrid hat er eine Zensur für das Organ der Arbeiterpartei „El Socialista“ und durch diese für die Confederacion General del Trabajo, einer syndikalistischen Organisation, die sehr unter dem Einfluß von rückständigen Elementen steht, eingerichtet, — um so viele Gefängnisse mit unschuldigen Proletariern zu füllen und um unter wirklich grausamen Bedingungen die Arbeiter, die nichts Verbrecherisches begangen haben, zu verbannen.

Da die Interessen des Landes, wie erwähnt, in den Händen einer oligarchischen Gesellschaft lagen, die die jetzige Regierung mehr oder weniger beherrscht, werden die folgenden Tatsachen niemand in Erstaunen versetzen: daß mehr als die Hälfte der Bevölkerung Spaniens aus Analphabeten besteht; daß zwei Drittel des Landes unbebaut sind; daß es nur 15 000 Kilometer Eisenbahnen gibt, wo trotz eines Mehrbedarfs von 15 000 Kilometern seit vielen Jahren nicht ein Kilometer gebaut wurde; daß es Hunderte von Dörfern ohne eine Landstraße gibt; daß, obwohl die Schiffsbesitzer, die Minenbesitzer, die Webereibesitzer, die Mühlenbesitzer, die Fabrikanten und andere Spekulanten durch den Krieg Gewinne von 6000 bis 8000 Millionen Pesetas gemacht haben, weder der Staat diesen die geringsten Steuern für ihre Gewinne auferlegt hat, noch diese selbst neue Industrien über die schon bestehenden hinaus geschaffen haben; daß die Hauptnahrungsmittel fortgesetzt den hohen Preis oder einen noch höheren haben, als sie schon vor dem Weltkrieg hatten; daß das Spiel in den großen Städten ungeheure Proportionen angenommen hat und unter anderen Uebeln durch seine Ausbreitung die unendliche Verderbtheit der Jugend fördert; daß wir uns im Beginn einer furchtbaren Arbeitskrisis befinden, deren Ursprung hauptsächlich in der blinden Habgier und Schändlichkeit unserer Bourgeoisie liegt; daß unser Geld, das vor Beendigung des Krieges höher als alles andere stand, schon sehr niedrig ist im Vergleich zu dem amerikanischen, englischen und schweizerischen; daß die Auswanderung der Arbeiter, die auch während des blutigen Kampfes nicht aufhörte, einen ungeheuren Umfang angenommen hat und fast alle Landstriche betrifft; daß die Landwirtschaft und die Industrie, trotz der durch Maschinen erlangten großen Verbesserungen, kaum den geringsten Aufschwung zeigen; daß das in Marokko 1909 unternommene Abenteuer jedes Jahr mehrere Millionen kostet und das Opfer von vielen Leben fordert; daß von 1910 bis heute die Ausgaben des Kriegsministeriums sich von 216 352 648 auf 475 738 792 Pesetas erhöht haben, und zwar die Ausgaben in Marokko nicht mit einbezogen; und schließlich, daß die letzten Voranschläge des Staates ein wirklich vorhandenes Defizit von 1000 Millionen Pesetas aufweisen.

Wer wird dem allen abhelfen können? Es ist nicht anzunehmen, daß es die bürgerlichen Elemente sind, da diese gerade, sowohl diejenigen von ihnen, die Geldgeschäfte machen, wie die, welche Politik treiben, die Urheber aller der aufgezählten Schäden sind. Vielmehr muß man annehmen, daß die organisierten Arbeiter eine solche Aufgabe verwirklichen werden, die, wenn sie auch noch nicht mit der zur Erfüllung erforderlichen Masse rechnen können, doch ein besseres Gefühl und mehr Interesse für alles, was das Land angeht, zeigen. Aber eine energische und erfolgreiche Unternehmung des Proletariats muß noch einige Zeit warten; außerdem ist es möglich, daß sie nicht ausführbar ist, ohne daß sich vorher blutige Zusammenstöße, hervorgerufen durch die Verästelungen und die brutalen Unterdrückungen der schlechtesten Regierenden, die wir hier haben, ereignen.

Die organisierten Arbeiterkräfte in Spanien sind die folgenden: Die Sozialistische Partei, der Allgemeine Arbeitsbund (Confederacion General del Trabajo) und die Allgemeine Arbeitervereinigung (Union General de Trabajadores). Diese hat ein Programm, das sich kaum von dem der sozialistischen Partei unterscheidet; sie führt den direkten Kampf gegen die Arbeitgeber, und so wie der Arbeitsbund von Anarchisten beeinflusst wird, ist die Union von hervorragenden Sozialisten geleitet und hält eine brüderliche Verbindung mit dieser Partei aufrecht.

Zu beschließen diese Zeilen mit einer Bemerkung über die Wahlen. Obgleich man noch nicht mit Genauigkeit das Ergebnis der vor einigen Tagen stattgefundenen Wahlen zu der Kammer kennt, gilt es als sicher, daß die Regierung, weit davon entfernt, eine starke Mehrheit zu erhalten, wie sie erwartete (und um diese zu erreichen, hat man mit Mißbräuchen und den schamlosesten Verdröhnungen nicht gespart), nicht die Hälfte der Anzahl der Abgeordneten erhalten hat und auch nicht erhalten wird. Also wird es für die Regierung unmöglich sein, zu herrschen, wenn sie nicht mit der Unterstützung einer der oppositionellen Gruppen rechnet. Und das erscheint nicht leicht.

Die sozialistische Partei, die in den früheren Wahlen sechs Sitze behauptete, hat in den stattgefundenen Wahlen fünf erhalten (2 in Madrid, 2 in Asturien und 1 in Bilbao). Aber man muß, um die gegebenen Resultate richtig zu würdigen, in Rechnung ziehen, daß bei den früheren Wahlen die Sozialisten mit den Republikanern vereinigt waren und daß sie bei den jetzigen Wahlen allein vorgegangen sind.

Wenn in Spanien die Wahlen mit der relativen Genauigkeit gemacht würden, wie in den andern Ländern, hätten die Sozialisten bei dem letzten Wahlkampfe sechs bis acht Sitze mehr erobert.

Aber hier machen nicht ehrenhafte Bürger die Wahlen, sondern eine Sammlung von Schurken, zum Teil solche, die an der Macht sind, zum andern Teil solche, die außerhalb der Macht stehen.

Reaktionärer Nachtwach. Bei den am Sonntag erfolgten Neuwahlen der Stadtdirektorenversammlung in Sozax erhielten die Bürgerlichen die Mehrheit, nämlich 17 Sitze, während die beiden sozialdemokratischen Listen es auf 13 Sitze brachten. Das Verhältnis ist gerade umgekehrt wie in der aufgelösten Versammlung.

Rückzugsgesichte und Legendenbildungen

Wie wir vorausgesagt haben, sucht die kommunistische Presse den „Offenen Brief“ ihrer Zentraleitung dazu auszunutzen, um die Aufmerksamkeit der Arbeiterschaft von den Mißerfolgen der kommunistischen Experimente und Abzügen abulenken und neue Verwirrung in die Reihen der Arbeiterschaft hineinzutragen. Wie seinerzeit die Parole der „politischen Arbeiterräte“ sich wochenlang durch alle Reden und Artikel der Kommunisten hindrug, mit dem einzigen Erfolg, daß die von der organisierten Arbeiterschaft begonnene Boykottaktion gegen Polen gestört wurde; und wie später die folgende Parole der „Produktionskontrolle“ in ermüdender Eintönigkeit in alle Versammlungen geschleudert wurde, um die von unserer Partei begonnene Aktion für die Sozialisierung des Bergbaues zu fördern, so wird jetzt der „Offene Brief“ mit seinem Sammelarium teils richtiger, teils unsinniger Forderungen in die Arbeiterschaft hineingeschleudert, um die in allen Teilen der Arbeiterschaft wachsende Erkenntnis, daß vereintes praktisches Handeln gegen den gemeinsamen Klassenfeind notwendig sei, zu hemmen und eine neue demagogische Hege gegen die Unabhängige Sozialdemokratie zu führen.

Bei dieser Hege ist den Kommunisten jedes Mittel recht, auch das der Legendenbildung und Entstellung der Tatsachen. So wird in der gestrigen Ausgabe der „Rote Fahne“ der Versuch gemacht, einen Gegensatz zwischen der „Freiheit“-Redaktion und dem Genossen Ledebour zu konstruieren, der sich bekanntlich in Nr. 556 der „Freiheit“ vom 30. Dezember dahin ausgesprochen, daß wenigstens der Versuch gemacht werden müsse, für Einzelaufgaben eine geschlossene Front des Proletariats zu bilden. Die „Rote Fahne“ schreibt nun, daß dieser Artikel sich vollkommen in der Richtung des Entschlusses der Zentrale der K. P. D. bewegte, die auch der Presse die Direktive gab, den Vorschlag Ledebours nicht abzulehnen, sondern sich bis zur Konferenz der Bezirkssekretäre abwartend zu verhalten. Wie verhielt sich aber die kommunistische Presse in Wirklichkeit zu dem Artikel des Genossen Ledebour? Die „Rote Fahne“ schwieg den Artikel und die in ihm enthaltenen Anregungen vollkommen tot. Die „Internationale“ jedoch, die sich stolz Organ der Vereinigten Kommunistischen Partei nannte, überschüttete in ihrer Nummer vom 31. Dezember den Genossen Ledebour mit Hohn und Spott und erklärte, daß sein Artikel nur ein neuer Versuch sei, durch verschwommene Redensarten das Proletariat davon abzulenken, daß die K. P. D. nicht sein Führer im Kampfe um seine unmittelbaren Tagesnöte sein könne. Und als in unserem Neujahrsartikel ähnliche Gedankengänge entwickelt wurden, wie in dem Artikel des Genossen Ledebour, da wußte die „Rote Fahne“ nichts Besseres zu sagen, als daß wir uns anscheinend mit dem Leitartikel des „Vorwärts“, dem ehemaligen Reichsanwalt Hermann Müller, über die politischen Leitmotive verständigt hätten, um die „organisatorische Vereinigung“ unserer Partei mit den Rechtssozialisten vorzubereiten.

So lauteten die Äußerungen der führenden kommunistischen Blätter in jener Frage, über die die „Rote Fahne“ jetzt erklärt, mit dem Genossen Ledebour vollkommen einverstanden zu sein. Die Haltung der Kommunisten schlägt dieser Behauptung direkt ins Gesicht. Wir können sie deshalb nicht ernst nehmen, zumal sie mit dem nur allzu durchsichtigen Versuch verfloppelt wird, einen Gegensatz zwischen uns und unserer Parteileitung zu konstruieren. Wenn die „Rote Fahne“ derartige Mähdien und Legenden braucht, um ihre Anhänger noch an der Stange zu halten, so muß es verurteilt werden, um die sich so selbstbewußt gebärdende kommunistische Partei stehen.

Die Waffenablieferung

Nach Mitteilung des Reichskommissars für die Entwaffnung ist das Ergebnis der freiwillig abgelieferten, angekauften, beschlagnahmten und angemeldeten Waffen nach dem Stande vom 10. Januar:

932 Gewehre, Minenwerfer, Flammenwerfer,
18 067 Maschinengewehre,
1680 Maschinenpistolen,
2 201 584 Gewehre und Karabiner,
76 325 Revolver und Pistolen,
85 616 Handgranaten,
3553 Geschützte,
246 357 Maschinengewehrtelle,
312 905 Gewehrtelle,
46 241 809 Stück Handfeuerwaffen-Munition.

Im Monat Dezember beträgt der Zugang an Maschinengewehren 530, an Gewehren 98 143 Stück. Von den angemeldeten Waffen der Organisationen sind 215 559 Gewehre bereits eingezogen. Durchsuchungen haben bisher in 1086 Städten, Landgemeinden und Gutsbezirken stattgefunden. Das Einziehen der Organisationswaffen und die Durchsuchungen werden planmäßig fortgesetzt.

Deutsche Note über Oberschlesien

Die deutsche Regierung hat durch die deutsche Friedensdelegation der Vorkonferenz in Paris eine Note übermitteln lassen, die gleichzeitig den Regierungen in London, Paris und Rom übergeben wurde. Diese Note beschäftigt sich ausführlich mit den Sicherheitszuständen im ober-schlesischen Abstimungsbereich und weist an Hand zahlreicher Anlagen nach, daß dort von den Polen politische Terror in allen denkbaren Formen ausgeübt wird. Die Ursache der trostlosen Lage in Oberschlesien liegt in der Unzulänglichkeit der Maßnahmen der internationalen Kommission zu sehen.

Die deutsche Regierung verlangt ohne jeden Verzug die Abspeicherung der Süd- und Ostgrenze, da die relative Reichigkeit der Grenzüberbreitungen von polnischer Seite die schwersten Gefahren bringe. Besonders scharf nimmt die deutsche Regierung in dieser Note gegen die Polizeiorganisation in Oberschlesien Stellung.

Wrangels Abreise. Nach Uebereinkunft mit der französischen Regierung hat General Wrangel beschlossen, seine ganze Flotte nach Marseille zu lenken, während seine militärische Flotte in Biseria abgerüstet werden soll.

Heute Zahlabend in Groß-Berlin!

Der Widerstand gegen die Entwaffnung

Nachdem der Vorkommnisse Ausschuss des Reichstags den Antrag der Unabhängigen auf beschleunigte Einberufung des Plenums abgelehnt hatte, war er auf den erlauchtesten Gedanken gekommen, eine Sitzung des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten zu veranstalten, in der der Notenwechsel mit der Entente besprochen werden sollte. Die Verhandlungen, so meinte er, könnten öffentlich sein.

Nun hat aber der Vorkommnisse Ausschuss über den Charakter der Verhandlungen der Kommission für Auswärtiges nicht zu befinden. Sie sind nach den Bestimmungen der Verfassung vertraulich, und die Öffentlichkeit kann nur mit einer Zweidrittelmehrheit beschlossen werden. Diese Majorität war auch gestern nicht vorhanden, an der grundsätzlichen Vertraulichkeit wurde nicht gerüttelt, und so war unser Interesse an den Verhandlungen sehr gering. Worauf es uns ankam war, sobald als möglich eine Erörterung der auswärtigen Politik vor der breitesten Öffentlichkeit zu führen.

Im übrigen dürfen wir wohl das Geheimnis verraten, daß in der Sitzung keine neuen Gesichtspunkte vorgebracht worden sind. Die Parteien haben, soweit sie sich überhaupt äußerten, ihre bekannten Auffassungen vertreten und der Minister Simons hat sich im wesentlichen auch darauf beschränkt, das zu wiederholen, was er schon in der letzten Sitzung vor Weihnachten gesagt hat.

Wir warten also die Beschlüsse ab, die die Staatsmänner der Alliierten am 19. Januar fassen werden. Was dann geschieht, hängt leider nicht so sehr von dem Willen der Reichsregierung als von dem des Herrn v. Kaatz und seiner Hintermänner ab.

Die Ruhr-Leute aber sitzen nicht nur in München, und die renitenten Bayern wären nicht so stark und nicht so unversöhnlich, hätten sie nicht die Gewissheit, daß die unentwegten preussischen Jünger des Geistes von Potsdam sie unterstützen. Das besagt eben erst wieder der deutsch-vollsparteiliche Abg. Marek in „Verl. Lok.-Anz.“. Er bemüht sich, die bürgerlichen Parteien gegen die französische Forderung scharf zu machen:

Sicher ist, daß England dem französischen Willen in dem Augenblick nachgeben wird, in dem in Deutschland selbst die bürgerlichen Kreise die Einwohnerwehren fallen zu lassen sich anlassen. Jede Nachgiebigkeit der bürgerlichen Parteien, sei es, daß diese in eine nahe befristete Entwaffnung willigen, oder eine wesentliche Verminderung der Einwohnerwehren zugestehen, muß die unbedingte Wirkung ausüben, England in seiner uns etwas günstigeren Haltung wankend zu machen und dem Willen Frankreichs zum Siege verhelfen.

Hübsch, wie dieser Marek, der während des Krieges zweifellos auch das „Gott strafe England!“ gebetet hat, jetzt von demselben England das Heil erwartet. Ob er sich aber am Ende nicht doch in der Hoffnung täuscht, daß die britische Regierung im Bunde mit den deutschen Mareklys die Front gegen Frankreich nehmen werde?

Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten hat sich am Dienstag bei Anwesenheit des Reichsministers und des Ministers des Auswärtigen im Reichstag mit dem letzten Notenwechsel mit der Entente und insbesondere mit der obersten politischen Frage. Die Verhandlungen waren vertraulich. Unter allen Parteien bestand Uebereinstimmung darüber, daß die gegenwärtigen Verhältnisse in Oberitalien und das eben veröffentlichte Abstimmungsprotokoll alsbald nach Zulassung des Reichstages in der Plenarsitzung zum Gegenstand öffentlicher Aussprache gemacht werden sollen. — Die nächste Sitzung wird voraussichtlich für den 20. oder 21. Januar einberufen werden.

Die republikanische Justiz

Rahls Ehre — drei Monate Gefängnis

Die deutschen Richter scheinen es mit Absicht darauf anzulegen, die Massen gegen die Justizpflege aufzubringen und ihnen zum Bewußtsein zu bringen, daß es höchste Zeit wird, dieses Geschwür am deutschen Volkstörper auszuschneiden! Gestern wurde in Moabit gegen den Genossen Kiebeling verhandelt. Es war ihm vorgeworfen worden, den Professor Dr. Raah von der Deutschen Volkspartei in einer Wahlversammlung am 25. Mai dadurch beleidigt zu haben, daß er einen Verein, in dem Raah Vorstandsmitglied war, der Korruption, des Titel- und Ordenschachers beschuldigte. Der Staatsanwalt hatte 500 Mark Geldstrafe beantragt. Das Gericht ging über diesen Antrag weit hinaus und verurteilte Kiebeling zu drei Monaten Gefängnis. Es stützte sich in seinem Urteil lediglich auf die Aussagen des als Nebenkläger zugelassenen Professor Raah, lehnte die Vernehmung weiterer Zeugen ab und ersah den Wahrheitsbeweis nicht für erbracht. Herr Raah stellte zwar keine Strafanträge, aber er hat doch, man möge den Beschuldigten zu Gefängnis verurteilen. Der Verteidiger von Kiebeling, Genosse Theodor Liebnicht, hat gegen dieses Urteil sofort Revision eingelegt.

Die angeblich beleidigenden Äußerungen sind kurz vor der Reichstagswahl, also in einer politisch bewegten Zeit und in einer Wahlversammlung gefallen; bisher hat es noch wenige Politiker und ebensowenige Richter gegeben, die nicht anerkannten, daß man bei solchen Gelegenheiten nicht jedes Wort auf die Goldwaage legen dürfe. Selbst der Staatsanwalt ging von dieser Auffassung aus und wollte die Ruffahrt durch die Verhängung einer Geldstrafe als gesühnt ansehen. Das Gericht jedoch stützte sich lediglich auf die Aussage des in einer Person als Nebenkläger und Zeugen auftretenden politisierenden Herrn Professors und schätzte dessen Ehre so hoch ein, daß sie unbedingt durch die Verhängung von drei Monaten Gefängnis gereinigt werden mußte.

Für die Justiz im republikanischen Deutschland kann jetzt bald ein Tarif aufgestellt werden, der etwa folgende Positionen enthalten würde: Für Ermordung von Arbeiterführern ehrenvolle Unternehmungshaft, danach Gerichtskommode und schließlich Entlassung ins Ausland; für Erschießungen „auf der Flucht“ Freisprechung mit allen Zeichen der Anerkennung durch das Bürgertum; für die Ermordung von 30 Matrosen 30 Mark Geldstrafe; für die Leistung fallcher Eide ein Stückchen Unternehmung, darauf Versorgung in Erholungsstätten und schließlich Amnestie; für Kriegsverbrechen, wenn sie von betrunkenen Arbeitern im Waffen-

rod begangen worden, vier Jahre Zuchthaus und zehn Jahre Ehrverlust; wenn Leute von Besitz und Würde in Betracht kommen: nichts! Für die angebliche Beleidigung eines professoralen Politikers drei Monate Gefängnis.

Wer wollte noch daran zweifeln, daß wir in dem Lande der größten Freiheiten und der besten Rechtsordnung leben?

Die Bestrafung der Kriegsverbrecher

Von Herrn Dr. Ernst Dieke, Herausgeber von „Natur und Gesellschaft“, erhalten wir folgende Zuschrift:

„Die uns durch die Tagespresse vermittelten drei Aburteilungen von Kriegsverbrechern“ des Arbeiterstandes als erste Opfer des Auslieferungsvertrages erregt unter Beständen auf höchste, wenn schon unter eigenem Gerechtigkeitsgefühl diese Sühne billigen muß. Aber die Frage darf denn doch erlaubt sein, warum nicht mit Verbrechern des höheren Offiziersranges, deren es doch mehr als genug gibt und in deren Befehl der gemeine deutsche Soldat die Produktionsstätten der Feinde aus purer Bosheit zu zerstören hatte, begonnen wurde, mit Offizieren, die in Belgien ganze Wohnungseinrichtungen gestohlen haben, wie dies im Hause der Schwiegereltern des Unterzeichneten zu sehen ist. Wir mögen nicht glauben, daß mit dem ersten Urteil dem zur politischen Macht über Deutschland gelangten Proletariat (?) bewiesen werden soll, daß es nunmehr habe, wonach gewisse seiner Führer gerufen. Wir werden dem Herrn Reichsanwalt Fälle aus Belgien bekannt geben, die sich zur Verfolgung deutscher Kriegsverbrecher höheren Ranges vorzüglich eignen, falls die nächste Aburteilung wieder Arbeiter betreffen sollte. In Mons wurde z. B. ein vornehmer belgischer Jurist schwer bestraft, weil er 2000 Liter Wein vor der germanischen Trunksucht (mit bedienem aus Nießhölzer Ausbrudweise) verstreut hielt. Mit diesem Alkohol betranken sich lebhaft Offiziere, während der Frontsoldat fast Hungers starb; ein Recht auf Wein gewährt kein Kriegsgefeß...“

Aufstellung der Kandidaten

(Fortsetzung des Generalversammlungsberichts.)

Bei der Aufstellung der Vorschläge für die Kandidaten entstand eine Debatte über die Frage der Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft. Vom 2. Distrikt war der Genosse Alfred Berger nominiert worden, der die Bedingung, daß die Kandidaten einer Religionsgemeinschaft nicht angehören dürfen, nicht erfüllt. Genosse Rosenfeld trat dafür ein, daß man den Bescheid revidieren solle und begründete das damit, daß die Zugehörigkeit zu einer jüdischen Religionsgemeinschaft etwas anderes bedeute als die Mitgliedschaft bei einer Institution, die, wie die evangelische Landeskirche, zu einer Institution geworden ist, die vom Proletariat bekämpft werden muß. Ein dahingehender Antrag, der vom 2. Distrikt gestellt wurde, wonach diese Bedingung der Nichtzugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft fallen soll, konnte aber nicht zur Abstimmung gebracht werden, da die Generalversammlung von Berlin-Stadt allein dafür nicht zuständig ist. Im übrigen wurden gegen die von den Distrikten vorgeschlagenen Kandidaten im wesentlichen keine Einwendungen erhoben, so daß die Tagesordnung der Versammlung glatt erledigt werden konnte. Es wurde ein Antrag angenommen, wonach der Genosse Leid an die Spitze der Kandidatenliste gesetzt werden soll. Die Abstimmung über die Kandidatenliste ergab folgendes Resultat:

1. Carl Leid, 2. Theodor Liebnicht, 3. Otto Meier, 4. Hermann Berg, 5. Waldemar Manasse, 6. Gustav Sabath, 7. Elise Sed, 8. Eduard Bacher, 9. Reinhold Fah, 10. Luise Krämer, 11. Karl Ballod, 12. Bruno Groppler, 13. Erich Gadel, 14. Fritz Kreimbrin, 15. Alfred Berger.

Die Vorschläge für die Landesliste lauten folgendermaßen:

1. Genosse Claus, 2. Genosse Wilhelm Hoffmann, 3. Genosse Otto Meier, 4. Genosse Reitschlag.

Nachdem Genosse Krause einen eindringlichen Appell an die Versammlung gerichtet hatte, alle Kräfte im Wahlkampf einzusetzen und bei dieser Gelegenheit auch fleißig für die Presse zu agitieren, machte noch ein Funktionär des Holzarbeiter-Verbandes auf die wichtige Urabstimmung aufmerksam, die die Holzarbeiter vorzunehmen haben bei der Wahl der engeren Ortsverwaltung, genau wie es im Metallarbeiter-Verband der Fall war. Darauf wurde die guldbelegte Versammlung geschlossen.

Abtretung von Rhein-Tonnage an Frankreich

Der Versailler Vertrag in der Praxis

In Anwendung des Artikels 357 des Versailler Vertrages über die Abgabe von Schleppern und Schiffen, sowie Hafeneinrichtungen, Docks, Lagerplätzen usw. der deutschen Rheinhäfen hat der amerikanische Schiedsrichter folgenden Schiedsspruch gefällt:

An Frankreich sind abzutreten:

1. Rahraum in Höhe von 250 150 Tonnen, Schleppkraft in Höhe von 23 781 Pferdestärken.
2. Die Einrichtungen der Badischen Aktiengesellschaft für Rheinschiffahrt und Seetransport, die sie im Hafen von Rotterdam am 1. August 1914 besaß.
3. 76 Prozent der Aktien der Rheinschiffahrts-Gesellschaft vormals Fendel-Mannheim.
4. Schiffraum und Schleppkraft von Fendel wird auf Tonnage und Schleppkraft zu 1) voll in Anrechnung gebracht.

Bis zum 10. Februar soll eine Einigung über die Auswahl der Schiffe und die anderen Modalitäten und Bedingungen der Uebertragung zwischen Deutschland und Frankreich erfolgen. Anderenfalls wird der Schiedsrichter an diesem Tage die nötigen Bestimmungen treffen. Die im Artikel 357 vorgezeichnete Modifikation wird alsdann erfolgen, so daß die Ablieferung voraussichtlich bis zum 10. Mai stattfinden muß.

Die deutsche Luftfahrt

Beschluß der Vorkommnisse-Konferenz

Der deutschen Regierung ist ein Beschluß der Vorkommnisse-Konferenz vom 15. Dezember 1920 mit den Bestimmungen über die deutschen Flugplätze in den Rheinländern und in der neutralen Zone zugegangen. Darin heißt es, daß deutsche Zivilflugzeuge, solange Deutschland noch nicht Mitglied der Konvention über die Regelung der Luftfahrt oder Mitglied des Völkerbundes sei, die Rheinlande nicht überfliegen dürfen, aber vom Landen überhaupt keine Rede sein kann. Nach Erfüllung der obigen Bedingungen steht den deutschen Zivilflugzeugen die Benutzung der militärischen Anlagen für die alliierte Luftfahrt in den Rheinländern und aber auch ein Ueberfliegen der Rheinlande frei. Aber auch nach Aufgabe der Befehle durch die Alliierten darf die deutsche Zivilflugschiffahrt in den Rheinländern niemals seine Einrichtungen unterhalten. Dasselbe gilt auch für die neutrale Zone, deren Ueberfliegen der deutschen Zivilflugschiffahrt gestattet ist, sobald es eine solche gibt, was heißt, vom dem Zeitpunkt an, wo die Herstellung von Luftfahrtgeräten wieder aufgenommen wird.

Aus der Landesversammlung

Der Sturm der Hebammen — Landwirtschaftsetat — Ein Gewaltstreik der Reaktionen

Die preussische Landesversammlung hat bei der gestrigen Eröffnung ihres letzten Tagungsabschnittes ein ungewöhnliches Bild. Nicht nur die Volksvertreter waren zahlreich anwesend, auch die Tribüne war dicht gefüllt. Sogar die Presse-tribüne mußte vor dem Ansturm der Besucher geöffnet werden, und selbst in den sonst so heilig gehaltenen Logen der Diplomaten und Minister nahmen Tribünenbesucher Platz. Es waren fast ausschließlich Frauen, die ein so außerordentliches Interesse für die Verhandlungen des Hauses betanden. Des Rätsels Lösung ergab sich aus der Tagesordnung, die als dritten Punkt die zweite Beratung des Gesetzentwurfes über das Hebammenwesen vorlag. Es waren Hebammen, die von nah und fern herbeigezogen waren, um den Verhandlungen darüber beizuwohnen. Bei manchem Vertreter der Regierungsparteien kam angelehnt dieser lebhaften Teilnahme der Hebammen ein wehmütiges Gefühl zum Ausdruck, wenn er an die Teilnahmslosigkeit dachte, unter der die Beratung der Verfassung zu leiden hatte.

Die Hebammen auf der Tribüne mußten aber zunächst eine Geduldsprobe bestehen. Zuerst wurde der Rest des Etats für Landwirtschaft und Forsten erledigt. Der Landwirtschaftsminister Braun verteidigte sich in längerer Rede gegen den Vorwurf der Rechten, daß er zu wenig für das Siedlungswesen getan habe. Braun meinte, es sei auf diesem Gebiete das Mögliche geschehen, was dem rechtssozialistischen Minister aus dem Munde zu kommen ist. Die rechtssozialistischen Regierungsmitglieder sind ja den bürgerlich-reaktionären Wünschen sehr zugänglich. Der Minister mußte aber noch einen Angriff abwehren, der von den konservativen Deutschnationalen ausging wegen der Auflösung des Landesökonomikollégiums. Diese Körperschaft hat nach den Angaben von Braun in der Zeit von 1908 bis 1914 fünf Sitzungen abgehalten und ist seitdem überhaupt nicht mehr zusammengetreten. Für ein solches Dekorationsstück der alten preussischen Herrlichkeit besteht wirklich kein Bedürfnis mehr.

Nach dem Minister sprach für unsere Partei Genosse Krause, der zu dem Etat. Er ging mit der

Ausburgerpolitik der Agrarier

Scharf ins Gericht. Die Notlage der industriellen Bevölkerung ist dem Himmel. Die Frauen des Volkes verkümmern wegen zu schlechter Ernährung. Für die ausgehungerten Kinder schwingt man öffentlich den Beitel. Die Agrarier aber verführen Getreide und Kartoffeln an die Schweine, damit die Besessenen einen fastigen Schweinebraten auf den Tisch haben. Gegen die Zwangswirtschaft hat man Sturm gelaufen bis sie abgebaut wurde, und statt des Preisrückganges, den man uns bei der freien Wirtschaft in Aussicht gestellt hat, ist die Teuerung der Lebensmittel noch unerträglich geworden. Nur für die Besessenen besteht keine Not, sie können sogar ihren Schöpfungsgeldern Delikatessen kaufen, die die Kinder des Volkes nicht einmal dem Namen nach kennen. Eine Hotelrechnung aus Hotel Adlon weist u. a. Pöhlen auf für die Verpflegung des Hundes eines Gastes. Dort wird ausgeführt als tägliche Lieferung für den Hund: Ein Lab 40 Mark, ein Beefsteak 45 Mark, ein halber Liter Milch! — Unser Redner wies dann die Klagen der Großgrundbesitzer wegen der hohen Löhne der Landarbeiter zurück. Gemäß den Einkaufspreisen für alle Erzeugnisse, insbesondere für landwirtschaftliche Erzeugnisse, seien die Löhne nicht als zu hoch, sondern eher als zu niedrig zu bezeichnen. Es sei lediglich Profitgier, die die Agrarier nach polnischen Landarbeitern und Landarbeiterinnen verlangen lasse, weil diese in ihrer größeren Bedürfnislosigkeit mit geringerem Lohn zufrieden seien. Wenn Herr von der Osten den Arbeitern Einschränkung empfohlen habe, so solle er diese Forderung lieber an die Besessenen richten, dort sei sie angebracht.

Zum Schluß sprach Genosse Krause noch gegen die Siedlungspolitik der Bürgerlichen und Rechtssozialisten, die viele Kleinbauernstellen schaffen wollten. Demgegenüber verlangen wir die

Sozialisierung der Landwirtschaft

die trotz mancher Schwierigkeiten durchführbar ist, wenn Industrie- und Landarbeiter Hand in Hand gehen.

Dieser Schluß paßte dem nachfolgenden Redner, dem Demokraten Sie men, Hof- und Willensbesitzer mit großer Schweinemasch, nicht. Er lobte die Siedlungspolitik über den grünen Aes, machte weiter lehrreiche, aber sehr längliche Ausführungen über Maul- und Klauenseuche, die aber weder im Haus noch bei den Hebammen auf der Tribüne besondere Aufmerksamkeit fanden.

Minister Braun ging noch mit einigen Worten auf die Forderungen unserer Genossen Krause ein, die Arbeitslosen der Industrie mehr als bisher in der Landwirtschaft zu beschäftigen, und gab zu, daß diese Möglichkeit noch nicht voll ausgenutzt sei.

Bei der Abstimmung wurde der Gesetzentwurf über die Verrentung von Mitteln zur Urbarmachung von Mooren einstimmig angenommen. Ueber einen Gesetzentwurf, der das gleiche für die Selbstbewirtschaftung von Domänen verlangt, fand namentliche Abstimmung statt. Der grundlegende Paragraph 1 dieses Gesetzes wurde mit 171 Stimmen der Linken gegen 121 Stimmen der Rechten und des Zentrums angenommen. Darauf leisteten sich Rechte und Zentrum einen Gewaltstreik. Bei der namentlichen Abstimmung über Paragraphen 3 gaben sie keine Zettel ab, sobald der Präsident die Beschlussfähigkeit des Hauses feststellen mußte.

Damit lag die Sitzung auf. Die nächste Sitzung soll Dienstag 5½ Uhr nachmittags, beginnen.

Kommunistische Taktik. Die gestrige Morgenausgabe der „Roten Fahne“ besteht von Anfang bis Ende aus Schimpferien gegen die „Freiheit“. Mit einer einzigen Ausnahme. Die „Rote Fahne“ drückt das Geständnis Ranges ab, das wir an das Licht des Tages gezogen haben. Aber ohne, wie es bei einem derartigen wichtigen Dokumente journalistischer Brauch ist, die Quelle anzugeben. Natürlich: Die Leser der „Roten Fahne“ dürfen nicht wissen, daß auch die „Freiheit“ ihre Pflicht und Schuldigkeit tut im Kampfe gegen die Reaktion. Sie muß schimpfen und alles das Gute in den Kot ziehen oder — totschweigen!

Abflug eines Postflugzeugs. Das Postflugzeug Nr. 33, das am Montag um 10 Uhr in Berlin-Johannistal aufgestiegen war und sich auf der Fahrt nach Braunschweig befand, ist um 11¼ Uhr bei dem herrschenden Sturm über der Wetterherz fast abgestürzt. Das Flugzeug ist total zertrümmert, der Führer war sofort tot.

Parteigenossen
verlangt
im heutigen Zahlabend
den
U. S. P.-Taschenkalender 1921
Preis für die Organisation 3.— Mark.

Das ist der Kneifer, den Sie suchen!

C
Spittelmarkt,
Alexander-Platz,
Kollnbauser Damm 10
Friedrich-Str. 103a
Celpyger Str. 113
Cinf-Str. 1
N
Schuhmacher Allee 81
Friedrich-Str. 106
Javaliden-Str. 104
Javaliden-Str. 117
Chaussee-Str. 72
O
Frankfurter Allee 14

So fest sitzt er, daß Sie damit springen, turnen und tanzen können. So leicht sitzt er, daß Sie abends vergessen werden, ihn beim Zubetgehen abzunehmen.
Und was für Sie die Hauptfrage ist und bleibt: Sie brauchen nicht erst zum Optiker zu gehen, falls er nicht mehr gerade- oder festsetzt, denn Sie selbst können ihn regulieren mit einem leichten Fingerdruck, daß er fester oder loser, näher oder weiter, höher oder niedriger, geneigt oder gerade vor den Augen sitzt, und doch können Sie ohne Furcht sein, ihn dabei zu zerbrechen.
Aber selbst, wenn dies geschieht, es tut nichts, Optiker Rühnte garantiert dafür! Er wird Ihnen kostenlos den Kneifer innerhalb dreier Jahre reparieren, oder Sie erhalten umsonst einen gleichwertigen Ersatz dafür. Nur für Bruch der Gläser haben Sie zu zahlen.
Semperley ist leicht, unauffällig und haltbar wie kein anderer Kneifer. Er kostet in Doublet ohne Rand M. 28.— und M. 45.—, in Gold M. 184.—. Gläser werden extra berechnet. Dabei ist seine Herstellungsart so flug ausgeübt, daß er auch in Gold-Doublet keine unechte Stelle zeigt. Aber die Hauptfrage liegt hauptsächlich darin, daß der Kneifer aus einstellbarem, aber dauerhaftem Draht hergestellt ist in Schellenform. Sogar bei solchen Näsen, auf denen sonst kein



Kneifer fest oder richtig sitzen will, hat er sich gut bewährt; ein Wunderwerk ist nicht zu bezweifeln, da der Druck sehr weich ist. Doch hören Sie hierüber das Urteil unserer verehrten Kundenschaft selber:
Berlin-Friedenau, den 12. IX. 1920.
Reife 12.

Sehr geehrter Herr Rühnte!
Es drückt mich, Ihnen meinen besten Dank für den ordinierten Semperley-Kneifer und die Hornbrille auszusprechen. Ich bin mit den beiden Sachen aus höchste in jeder Beziehung zufrieden. Und ich ist die Migräne geschwunden, die ich früher beim Tragen eines schlecht konstruierbaren Kneifers stets empfand. Das Schicksal ist bei der Schließart Ihrer Gläser erweitert und nach jeder Richtung hin klar und scharf. Ich werde nicht verzeihen, wenn im Falle meiner leidenden Kollegen auf die hervorragenden Leistungen Ihres m. Instituts zu verweisen.
Hochachtungsvoll
Maximilian Waulbecker
Gemeindevorstand und Schriftsteller.

Beachten Sie, bitte, die hier folgenden Preise:

Kneifer ohne Gläser	Kneifer mit Gläsern	Gläser
6 — 8.50 12.—	8.50 12.— 15.—	6.— 10.— 15.—
10.50 18.—	15.— 20.—	27.— 31.—
22.— 28.—	23.—	38.— 45.—
35.— 38.— 48.—	35.— 48.— 58.—	54.— 66.— 84.—
174.— 184.—	320.— 340.—	320.—

Hornbrillen von M. 36.— an. Moderne Vordrücken, Silber von M. 65.— an, Gold-Doublet von M. 52.— an.
Gläser werden extra berechnet, und zwar das Paar: Naithenomer Schließart M. 8.—, Punktfort-Rahmen M. 10.—, dieselben aus gutem Sanoskop-Glas M. 27.—, Zylinder-Gläser, nach M. 18.—, gemäß M. 45.—. Alle Preise sind netto. — Reparaturen werden schnell, gut und preiswert ausgeführt.

NW
Friedrich-Str. 150
SW
Belle-Alliance-Str. 4
SO
Oranien-Str. 44
Spandau:
Breite Straße 18
Charlottenburg:
Jauernickstraße 15
Jochimssthaler Str. 2
Neufölln:
Bergstraße 4
Friedenau:
Athenstraße 18
Schöneberg:
Hauptstraße 21
Wilmersdorf:
Berliner Str. 132-33

Sind's die Augen, geh' zu Ruhnke!

28 Geschäfte in Groß-Berlin, Hamburg, Basel, Düsseldorf; Fabriken in Rathenow und Berlin.

Theater und Vergnügungen

Volksbühne
7 Uhr:
Näbchen v. Heißbronn
Neues Volksbühnen
7 1/2 Uhr: Jugend
Staatstheater.
Opernhaus
7 1/2 Uhr:
V. Gönne-Berzert
Die Sterne
7 1/2 Uhr:
Denkliches Theater
8 Uhr: Käfer u. Kleopatra
Kammerspiele
1/8 Uhr: Nibelungen
Großes Schauspielhaus
7 Uhr: Hecuba
Neues Operettenhaus
7 1/2 Uhr: Die Obersteiger
Trianon Theater
7 1/2 Uhr: Die Obersteiger
Kammermusik
7 1/2 Uhr: Die Obersteiger
Weißbühl-Theater
7 1/2 Uhr: Die Obersteiger
Lady Windermere's Fächer
7 1/2 Uhr: Die Obersteiger
Königgräber Str.
8 Uhr: Salome
Komödienhaus
7 1/2 Uhr: Die Obersteiger
Berliner Theater
7 1/2 Uhr: Die Obersteiger
Casino-Theater
7 1/2 Uhr: Die Obersteiger
Folies Caprice

Residenz-Kasino
Blumenstraße 10
Tägl. Gr. Ball
f. d. ältere Jugend
7 1/2 Uhr: Die Obersteiger

Wichtig! Arbeiterräte!
Am Mittwoch, den 12. Januar, vorm. 10 Uhr,
beginnt der Verkauf eines Volkes von ca. 300 km
Kleinfeldern, ca. 1 m lang, zum Preis von M. 30.—
pro Hektar auf dem Gelände der Reichshalle in
Repton, Hofmannstraße 19/20. Der Verkauf kann im
ganzen oder auch teilweise erstanden werden.
Schulenkauer Wedding G. m. b. H.
C/O 50, Preisstraße 41. Tel.: Wollsch. 231 u. 233.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungssitz Berlin.

Todesanzeige
Der Kollege zur Nachricht, daß folgende Mitglieder
gestorben sind:
Der Arbeiter
Oswald Allnoch
Pankow, Schindlerstraße 17, am 7. d. Mts.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 12. Januar,
nachm. 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Kirchhofes in
Pankow, Schindlerstraße, aus statt.
Der Schlichter
Otto Kolbow
Niederschönberg, Schrammstraße 44, am 8. d. Mts.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 12. Januar,
nachm. 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Kirchhofes in
Niederschönberg aus statt.
Der Arbeiter
Karl Fromke
Friedrichshagen, Straße 48, am 8. d. Mts.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 13. Januar,
nachm. 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Kirchhofes der
Karlshagen aus statt.
Der Arbeiter
Richard Hellmig
Friedrichshagen, Berliner Straße 21, am 8. d. Mts.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 13. Jan.,
nachm. 3 1/2 Uhr, im Krematorium Baumhulshagen statt.
Der Arbeiter
Robert Franke
Niederschönberg, Cierstraße 69a, am 9. d. Mts.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 12. Januar,
nachm. 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Kirchhofes in
Niederschönberg aus statt.
Die Arbeiterin
Anna Siewert
Friedrichshagen, am 8. d. Mts.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 12. Januar,
nachm. 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Krematoriums
Baumhulshagen in Pankow, Hermannstraße, aus statt.
Der Arbeiter
Paul Bentz
Neue Königstraße 39, am 10. d. Mts.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 14. Januar,
mittags 12 1/2 Uhr, vom Krematorium Friedrichstraße aus statt.
Keine Beteiligung wird erwartet.
Nachruf
Den Kollegen zur Nachricht, daß unsere Kollegin,
die Arbeiterin
Anna Wallun
Hilberstraße 90, am 26. Dezember d. J. verstorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Möbel auf Bar oder Kredit
zu den billigsten Preisen und leichtesten
Bedingungen. — Beste auch auswärts.
Möbel-Groß
Große Frankfurter Straße 141
Invalidenstr. 5, Eingang Uckerstr.
Kapitän-Kautabak
müchteschlicher in der höchsten unter Qualität zu beziehen
durch die bekannten Großhändler
G. Wöhrer, Berlin, Nischenberger Str. 22. Pph. 3061.

Für die schulentlassene Jugend
Ins Leben hinein
Für die Jugend zusammengestellt von
Gg. Engelbert Graf
Gebunden 8.— M. Gelp. Ausstattung
Organisationen wollen sich des Be-
zuges wegen direkt wenden an die
Verlagsgenossenschaft Freiheit e. G. m. b. H.
Abteilung Buchhandel u. Berlin C2, Breite Str. 8-3

Große Preisermäßigung in Schuhwaren

bietet der

Inventur-Ausverkauf

in dem Schuhwarenhaus

Arthur Cassel G. m. B. Badstr. 54

Einige Beispiele unserer enorm billigen Preise:

Damen-Spangen-Schuhe	64 ⁰⁰
Damen-Halbschuhe, Schnür	79 ⁰⁰
Damen-Stiefel	98 ⁵⁰
Damen-Stiefel	139 ⁰⁰
Herren-Stiefel	119 ⁰⁰
Burschen-Stiefel	99 ⁵⁰
Burschen-Stiefel	118 ⁰⁰
Kinder-Stiefel	39 ⁵⁰
Kinder-Stiefel	49 ⁵⁰

Widerdem bringen wir sämtliches Schuhwerk enorm billig zum Verkauf
Winterschuhwaren, wie warme Schuhe und Pantoffel bringen wir zum Teil bis 50% herabgesetzt zum Verkauf
Besonders empfehlen wir unsere Spezialmarke „Dinkoba“ für Herren und Damen in besten Ausführungen (allerfeinste Rahmenarbeit). Vollste Garantie für gutes Tragen gewährleistet
Wir bitten unsere weite Kundenschaft diese günstige Kaufgelegenheit wahrzunehmen

Zum Todestage

Karl Liebknechts

und

Rosa Luxemburgs

(15. Januar 1910)

DER MORD

an
Karl Liebknecht u. Rosa Luxemburg
Mit Porträts der Ermordeten und Bildern der Angeklagten / 115 Seiten / Preis 6.— Mark

Karl Liebknechts letzte Tage
Preis 40 Pfennig

Postkarten mit Porträts
Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs
à 50 Pfennig

Wiederverkäufern hoher Rabatt!

Buchhandlung „FREIHEIT“

Berlin C 2, Breite Straße 8-9

Münzen :: Briefmarken
kauft Großmann, Johannistr. 4,
Zugang v. d. Friedrichstr. (Str. 106) Norden 106 21

Der demokratische Drageschminister

Ein „Sozialist“ verteidigt den Drohbrief gegen Bremen!

Der Hauptausschuh des Reichstages beriet gestern den Etat des Reichsministeriums des Innern. In der Generaldebatte griff Genosse Rosenfeld den Minister Koch wegen seiner reaktionären Haltung scharf an. Unser Redner führte aus:

Das Schreiben des Ministers Koch an den Senat in Bremen verdrückt gegen die Verfassung. Der Minister hat darin zum Ausdruck gebracht, daß er durch die Beschlüsse der Bürgerchaft, die Ordnungspolizei zu verringern und die Stadtwehr aufzulösen, die öffentliche Ordnung in Bremen für gefährdet ansehe und sich endgültige Entschcheidungen vorbehalten müsse. Damit kann doch nur in Aussicht gestellt sein, Ausnahme-Maßnahmen gegen Bremen zu treffen. Gegen Bremen, wo die Mehrheit der Bürgerchaft Beschlüsse gefaßt hat, die dem Minister nicht passen, geht er vor. Aber gegen Bayern unternimmt er nichts. Er möge zuerst für die Auflösung der Einwohnerwehren in Bayern sorgen. Ein merkwürdiger Demokrat, dieser Minister, der Wehrheitsbeschlüsse der gewählten Vertretung der Bürgerchaft Bremens aufheben wolle! Bayern lehnt sich offen gegen das Reich auf. Da schweigt das Reich. Ja, die Reichsregierung beugt sich sogar vor Bayern, selbst auf die Gefahr von Verwundungen mit der Entente. Den angeordneten Ausnahmezustand kann nur der Reichspräsident verhängen. Das Schreiben des Ministers ist verfassungswidrig. Außerdem hat er in die Bremischen Verfassungslämpfe durch sein Schreiben eingegriffen und die Volkseinstimmung beeinflusst. General Koller hat ausdrücklich die Auflösung der Bremer Sicherheitswehr verlangt. Der Minister verhindert diese Auflösung. Herr Minister,

Sie spielen mit der Verletzung des Ruhrgebiets!

Genosse Rosenfeld verlangte ferner die endliche Verlegung der in der Reichsverfassung angeführten Schulgesetze. Unterstaatssekretär Schulz hat die Verlegung dieser Gesetze im vorigen Jahre schon für den Herbst 1920 angekündigt. Koch heute sind sie nicht einmal dem Reichstage zugegangen. Das Wohl der heranwachsenden Jugend erfordert eine schnelle Durchführung der auf kulturellem Gebiete durch die Verfassung vorgeschriebenen Gesetze.

Minister Koch: Der Reichspräsident hat dieselbe Stellung wie früher der Monarch. Ob wegen Gefährdung der öffentlichen Ordnung irgendwas einzuschreiten ist, darüber liegt in erster Linie die Entscheidung beim Minister. Der Reichspräsident kann die Unterzeichnung einer Verordnung wegen Gefährdung der öffentlichen Ordnung verweigern. Ich habe nicht die Absicht, in Bremen den Ausnahmezustand zu verhängen. Der Senat in Bremen hat sich an die Reichsregierung gewendet, da mußte ich eingreifen. In dem Schreiben ist ausdrücklich gesagt: Die Entwarnung muß durchgeführt werden, entsprechend den Anordnungen des Entwarnungskommissars. (Rosenfeld: Das W.L.B. hat diesen Satz nicht veröffentlicht.) Also kann die Entente daran keinen Anstoß nehmen. Woher weiß Dr. Rosenfeld, daß wir gegen die Zustände in Bayern nichts unternehmen? (Rosenfeld: Dann veröffentlichte Sie doch solche Verordnungen!) Wie können über schwedende Verhandlungen nichts publizieren. Aber das kann ich sagen: Bayern hat

schon ganz andere Verfügungen bekommen

in bezug auf die Einwohnerwehren, als Bremen!

Genosse Rosenfeld: Alles, was der Reichspräsident tut, geschieht unter Verantwortung der einzelnen Minister. Aber nur der Präsident selbst kann den Ausnahmezustand verhängen. Das Schreiben des Ministers in der Bremer Angelegenheit verdrückt gegen die Verfassung. Der von dem Minister mitgeteilte Satz: Die Entwarnung muß entsprechend den Anordnungen des Entwarnungskommissars durchgeführt werden, ist in der W.L.B. Meldung nicht enthalten. Das W.L.B. bringt überhaupt in der letzten Zeit eine ganze Reihe von unwarren Meldungen. Ich erinnere nur an den völlig entstellten Bericht über unsere Luftgardendemonstration gegen das Rotregiment in Ungarn. In seinem Schreiben nach Bremen hat sich der Minister gegen die Mehrheit der Bürgerchaft selbst gewandt. Nach Bayern sind derartige Schreiben bisher nicht gerichtet worden. Der Minister hätte auch die Wirkung auf das Ausland berücksichtigen sollen. Es wäre überhaupt besser, wenn derartige Schreiben nicht anspruchswise, sondern im Wortlaut erschienen würden, auch in bezug auf die Dinge, die sich gegen Bayern richten, damit Klarheit sowohl im Innern, als nach außen hin, herrscht. Jedenfalls steht fest, daß der Minister bisher gegen Bayern nichts unternommen

hat, dagegen stellt das, was er in der Bremer Angelegenheit getan hat, einen Verfassungsbruch dar.

hat, dagegen stellt das, was er in der Bremer Angelegenheit getan hat, einen Verfassungsbruch dar.

Minister Koch: Das Reichsschulgesetz über konfessionslose Schulen und das Jugendwohlfahrtsgesetz werden in nächster Zeit dem Reichstage zugehen. Ein Fortbildungsschulgesetz ist in Vorbereitung. Mein Schreiben an den Bremer Senat widerspricht nicht der Verfassung. Die Verfassung ist in meiner Hand besser geschützt als in der des Herrn Dr. Rosenfeld. Ich habe mich nicht mit einem Beschluß einer Mehrheit der Bürgerchaft zu begnügen, sondern die verfassungsmäßigen Maßnahmen zur Aenderungs der Beschlüsse zu ergreifen, die der Bremer Bürgerchaft untragbar sind. Bremen ist für Deutschland von größter Bedeutung. Die Lebensmittelinfuhr über Bremen muß im Reichsinteresse sichergestellt werden. Für Tumultschäden, die in Bremen entstehen, muß das Reich in weitem Umfange aufkommen, für die Bremer Polizei leistet das Reich erhebliche Zuschüsse. Gegen die sofortige Verlegung der Schulgesetze würde ich im öffentlichen Interesse Stellung nehmen. Ich habe aber den Ausnahmezustand nicht angekündigt, sondern nur um Revision der Beschlüsse gebeten. Für die Beschwerde gegen W.L.B. bin ich nicht zuständig. Ich werde aber schreien, wie das W.L.B. zu der unrichtigen Darstellung der Luftgardendemonstration gekommen ist.

Abg. Bauer (Soz.): Wir können der Regierung nicht das Recht nehmen, wie in Bayern, so auch in Bremen zu intervenieren. Das Schreiben des Ministers Koch an den Bremer Senat gibt zu Beanstandungen keinen Anlaß.

Behauerlich ist nur seine Veröffentlichung. (Das sagt ein „Sozialist“!)

Staatssekretär Schulz: Die Hoffnungen auf schnelle Durchführung der Schulgesetze konnten leider nicht verwirklicht werden. Sie haben eine zu große finanzielle Tragweite.

Abg. Simon (U.S.P.): Man kann nicht Bayern und Bremen in Parallele stellen. In Bayern regiert nicht die Regierung Koch, sondern die Dragesch. Der Ausnahmezustand ist dort zum Dauerzustand geworden. Jede Verklammerung muß jetzt angemeldet werden. Nicht einmal ein Koningenszirkulär kann Verklammerungen ohne Genehmigung abhalten, wenn er nicht die Legitimation seiner Mitglieder vorzeigen läßt. Die bairische Regierung ist nicht nur verfassungswidrig zustande gekommen, sie arbeitet offen und verdeckt auf eine Wiederaufrichtung der früheren Zustände hin. Der Kultusminister sprach öffentlich von der „vorübergehenden“ der gesunkenen Kaiserkrone. Und dieser Minister hat die republikanische Verfassung beschworen!

Minister Koch: Der bairische Minister Platt hat allerdings das gesagt. Das halte ich für durchaus unangebracht. Besonders wenn eine solche Rede in Anwesenheit eines republikanischen Reichsministers gehalten wird. Für ein verfassungswidriges Zustandkommen der bairischen Regierung liegen keine Beweise vor. Jedenfalls haben die Reichswahlen die bairische Regierung legitimiert. Etwas Geburtsfehler der Regierung sind dadurch aus der Welt geschafft. Wegen der bairischen Verklammerungsverbote wird sich die Reichsregierung mit der bairischen Regierung in Verbindung setzen. Wir werden darüber verhandeln. (Abg. Simon: Wie lange noch?)

In der weiteren Aussprache bedien sämtliche Parteien von der äußersten Rechten bis zu den Demokraten das Vorgehen des Ministers Koch gegen Bremen. Ein Vertreter der Kommunisten war nicht erschienen. Ferner ließen die Vertreter aller bürgerlichen Parteien Sturm gegen die konfessionslosen Schulen. Die Weiterberatung des Etats wurde auf heute verlag.

Aus der Partei

Material zur Agrarfrage

Bei den Debatten in unseren Parteiversammlungen wird die Wichtigkeit der Agitation auf dem Lande allgemein betont und auch die große Bedeutung erkannt, die die Agrarfrage im Rahmen unserer Parteipolitik hat. Es scheint aber wenig bekannt zu sein, daß die Genossen in unserem Lande „dem für die Landtagitation herausgegebenen Organ der U.S.P.D., ein sehr wirksames Hilfsmittel finden, das auch viel Material über allgemeine Agrarfragen enthält. Inwieweit ist allem Anschein nach viel zu wenig bekannt, daß im Verlage der „Leipziger Volkszeitung“ eine Broschüre des Sozialisten Marzoni erschienen ist, die sich mit der Frage der Sozialisierung der Land-

wirtschaft befaßt. Da die preußischen Landtagsparteien vor der Tür stehen und in diesem Wahlkampf Landarbeiter- und Agrarfragen sicher eine nicht unbedeutende Rolle spielen werden, ist auf den „Landboten“ sowohl als auf die bezeichnete Broschüre hiermit empfehlend hingewiesen. Beide sind beim Verlage der „Leipziger Volkszeitung“ zu erhalten.

Groß-Berlin

Das „deutsche“ Taktgefühl

Als die Arbeiterchaft am 3. November den Tag der Revolution feierte, entrüsteten sich bürgerliche Organe darüber, daß die Arbeiterchaft auf das Empfinden des Bürgertums keine Rücksicht nehme. Man hätte daraus schließen können, als ob das deutsche Bürgertum ein ganz besonders zart besaitetes Gemüt besäße.

Nun sind aber in der letzten Zeit Dinge passiert, die mit dem vielgeliebten deutschen Kaiserthum zusammenhängen und eher zeigen, daß diese nationalen Kräfte über ein erstaunliches Maß von Gemütsathetik verfügen.

Es beschäftigt sich nämlich nicht nur die Umgebung des ausgerichteten Wilhelm in Holland mit den Zeremonien des eventuell bevorstehenden Begräbnisses der ehemaligen Kaiserin. Offenbar machen die dabei zu treffenden Veranstaltungen soviel Mühe, daß jetzt schon mit den Vorbereitungen begonnen und ein ganz erstaunlicher Apparat in Bewegung gesetzt wird, damit nachher alles klappt.

Der wandlungsfähige Pastor Max Maurenbrocher richtet in der Montagabend-Ausgabe der „Deutschen Zeitung“ die Anfrage an die Regierung, ob die Kaiserin in Deutschland begraben werden dürfe. Die Sache ist zu ergötzlich, als daß wir sie unseren Lesern vorenthalten dürfen. In einem jetzt schon schwarz umrandeten Kasten (obwohl unseres Wissens Frau Auguste Viktoria noch lebt) heißt es:

Anfrage an die Regierung.

Jedem liegt die Frage an der Zunge. Die meisten empfinden es als taktlos, sie auszusprechen. Aber es hilft nichts, wir müssen vorher wissen, woran wir sind.

Wenn das langgefürchtete Ereignis eintrifft, wenn die ehemalige Kaiserin ihrem Gemahl, ihren Kindern und den Tränen im Lande in den nächsten Tagen (!) durch den Tod wirklich entrissen werden sollte,

darfst sie in heimlicher Erde bekräftigt werden?

An dem Ort, den ihre Angehörigen nach eigenem Ermessen dazu auswählen?

Darf die Bevölkerung, soweit sie es will, an dieser Feier ungetrübt sich beteiligen?

Wir bitten um schleunigste Antwort an die Öffentlichkeit!

Wir sind auf diese Antwort des Ministeriums gespannt; umsomehr, als die amtlichen Stellen sich mit einer anderen Veranstaltung in derselben Angelegenheit auch schon befassen müssen. Das „Berliner Tageblatt“ meldet: Der evangelische Oberkirchenrat hat einen Erlass an sämtliche Konsistorien gerichtet, der sich ebenfalls mit Vorbereitungen für den Fall des Abscheidens der Kaiserin befaßt, insbesondere den Gemeinden in verhöllter Form das Glockenläuten empfiehlt. Das preußische Ministerium des Innern hat hiergegen Einspruch erhoben mit der Begründung, daß die Bestimmung über das Läuten der Glocken ihm zustehe. Daran knüpft das demokratische Organ die Anregung, daß es doch gelingen möge, durch einen Zusammenschluß der anständig gesinnten aus allen Lagern solche Vorstöße, die Majestät des Todes in den Dienst parteipolitischen Streites und Haders zu rücken, unmöglich zu machen.

Wir sind der Auffassung, daß, wenn irgendeine Gruppe das Ableben der Kaiserin zum Gegenstand einer politischen Demonstration machen will, dies die Gruppe um Herrn Maurenbrocher ist! Werde er als Vorkämpfer beweist eine eigenartige Auffassung über den Begriff der Anständigkeit und der Verehrung für seine Kaiserin. Es ist gerade, als ob es die deutschen nationalen Kräfte gar nicht erwarten könnten, daß der Tod der ehemaligen Kaiserin eintritt, und man kann den Gedanken nicht

Ismer

Erzählung von Julius Levin

(II. Fortsetzung.)

Emilie, die noch nichts gesprochen hatte, fand das Benehmen ihres Mannes recht seltsam, aber sie rogte sich darüber kaum soweit auf, daß sie sich fragte, was er eigentlich hatte. Sie kannte ihn übrigens genügend, um zu wissen, daß er früher oder später genaue Auskunft über seine Gedanken geben würde.

Besonders neugierig war sie darauf nicht.

Sie hatte sich vorgenommen, ihn, obwohl er ein störender Besuch war, nicht nur zu dulden, sondern sogar in einer Weise zu behandeln, daß er, falls er aus dem Kriege zurückkehrte, sein Heim aussuchen konnte, ohne sich vor sich selbst allzu sehr schämen zu müssen. So weit mußte sie es bringen, weiter aber durfte er nicht vorgelassen werden.

Seitdem er von Hause fort war, hatte sie mit dem Frikken jenes tolle Liebesleben angefangen, das zu führen sie Ismers bloße Gegenwart verhindert hatte. Nicht, daß sie sich geniert hätte, zu handeln und zu fehlen, wie sie es wünschte. Aber die Anwesenheit ihres Mannes, die bloße Möglichkeit eines Wortes oder gar einer Täuschlichkeit verbitterte ihr den Genuß. Der andere, ihren eigenen, durch den Arger Ismers zu verführen, war ihr längst verloren, da er als Mann ihre nicht einmal mehr verhaßt, sondern ganz gleichgültig geworden war. Selbst der Ekel, den sie eine Zeitlang vor seinen Zärtlichkeiten empfunden hatte, war ihr entschwunden. Die gewöhnlichste Dirne aus der Uckerstraße stand ihrem Käufer näher als Emilie ihrem Manne, da die Dirne wenigstens im allgemeinen sich etwas Neuem gegenüber befand, während Emilie ihren Partner und sein ganzes altes, schon zum Auswaschen abgeplantes Programm und nur das Eine davon mehr hatte, daß sie nicht davon gejagt wurde, wenn es vorbei war, sondern kraft ihres Versorgungsvertrages bleiben durfte, ihn gefiel, und es selbst in der Hand hatte, ihn aufzugeben, wenn ihr anderweitig die genügende Sicherheit geboten worden wäre.

Nichtsdestoweniger empfand Emilie vor der Nacht einiges Grauen. Sie fand vor der neuen Hingebung an Ismer als vor etwas Abstoßendem, das sie nicht empfunden hatte, solange der Verkehr mit ihm nicht unterbrochen worden war. Jetzt, da ihre Empfindung über den Faden der Ereignisse hinglitt, richtete sie sich an dem die künstliche Verknüpfung der Fingenden fahrenden Knoten, und das Hindernis selbst schäl-

tete die Ueberlegung ein, eben dasjenige, was Emilie augenblicklich möglichst in Untätigkeit zu erhalten wünschte, da sie sich noch immer einzurenden versuchte, sie könnte Ismer entgehen, wenn sie auch selbst nicht recht daran glaubte.

Wenn er nur nicht gleich...

Der Blick, den er auf sie warf, als sie mit dem Kaffeegeschirr aus der Küche kam, war vieldeutig, und Emilie irred sich um so mehr dazu an, ihn in einer ihrer glücklichen Weisen auszuliegen, als er ihrer Ueberzeugung nach Unheil verkündete.

„Was hast du, Kerlchen?“ fragte sie, möglichst ohne Ismer anzusehen, indem sie sich an der Schürblende des Speisetteschens zu schaffen machte, in der die Teelöffel lagen.

„Ich?“ gab Ismer zurück, der irgend etwas sagen zu müssen glaubte.

„Na, wer denn? ... Du stehst da, wie wenn dir 'n Schiff untergegangen wär ... Vorläufig bist du doch auf Urlaub bei Muttern.“ Emilie war mit ihrer Art im stillen sehr zufrieden.

„Gewiß doch!“ gab er mit lustigem Tonfalle zurück und suchte Emilie zu erschrecken, die sich auch, nach einigen angeblichen Versuchen zu entschließen, fassen und fassen ließ.

Das war schließlich noch besser, als ihn zu reizen und dazu zu bringen, eine etwa erzwungene und nicht eingeräumte Uebermacht in heimlicher Weise auszunutzen.

Ismer wiederholte seine Küsse, ohne Widerstand zu finden. Erst da sie kälter wurden, als es Emilie für ihre Sicherheit geraten glaubte, entzog sie sich sanft und meinte: „So 'n Schlingel! Louffieren muß er doch immerzu!“

Und sie schloß etwas wie einen Vorwurf an wegen der kleinen, in Feindesland gemachten Verurtheilung, nicht ganz aus der Uebung zu kommen, den aber Ismer mit Entrüstung zurückwies. Solange er von Deutschland fort wäre, hätte er kein Weib berührt. Erstens, weil er sich das so „genommen“ hatte, und zweitens, weil viele Kameraden krank geworden wären, wegen der ungesunden Hygiene n.w. Emilie hörte darauf mit ansehendem großer Aufmerksamkeit, die freilich nicht den ihr von Ismer untergelegten Grund hatte. Je wer es bedeutungsvoll, daß Ismer auch allem anderen auch noch ausgewogen sein konnte. Wasan! es ihr vor allen Dingen ankam, war, den Abend zu erwischen, ohne von Ismer genommen worden zu sein. Wenn es ihr nur gelang, ihren Mann bis dahin anzuhalten, so würde sie sich schon zu helfen wissen. Zeit sollte er erst Kaffee trinken, dann sich kräftig waschen und abreiben. Während der Zeit würde sie sich hübsch anziehen, daselbe Kleid, in dem

sie dem Frikken so gut gefallen hätte, und Ismer würde ohne Weiterrede einen kleinen Ausgung machen müssen, nach Treppor oder in eine andere schöne Umgebung mit Konjert, Abendunterhaltung und bairischem Biere. Nachher würde er schon müde und gewiß froh darüber sein, sich mit einem Bruchteile der Zärtlichkeiten, die er sich etwa vorgenommen haben sollte, begnügen zu dürfen.

Der Kaffee schmeckte vortrefflich, und Ismer wurde guter Laune. Unter Küssen, die er Emilie gab und sie zu erwidern den Anschein zu erwecken wußte, erzählte er von seinen Erlebnissen, an denen er Freude zu haben schien, soweit sie ihm um so mehr, als sie gemerkt hatte, daß sie ihn um so ferner von sich hielt, in je gleichmäßigere Stimmung sie ihn brachte. Sie sah es denn auch mit größter Beforgnis, als er bei der Geschichte von seiner Verwundung angekommen, plötzlich anhielt, sich verfarbte, aussprang, im Zimmer hin und her trat und sich erst wieder setzte, als sie sich dazu entschloß, ihn mit einer fast mütterlichen Umarmung zur Ruhe zurückzuführen.

„Du bist ermüdet nach der Reife ...“ sagte sie. „Erster seih ihr woll nich' jefahren!“

„Gut genug für einen preußischen Soldaten, der zu seiner jungen Frau nach Hause darf.“

„Hast du manchmal an mich gedacht?“ fragte sie so, daß er hätte glauben können, es läge ihr etwas daran.

„Na ob!“ antwortete er, indem er von dem zuerst herzlich angelegten Ton leicht ablag.

„Na, weicht du!“ ... meinte Emilie gemüthlich tuend, „weil du nu, so brav warst, soist du einen guten Kat von mir haben ... Wasch dich jetzt ordentlich und reibe dich kalt ab! Das wird dir schon tun nach deiner Ermüdung. Dann gehen wir ein bißchen an die Luft und trinken ein Glas Bier. Geld haben wir noch etwas.“

„Meinst du?“ fragte Ismer, der sich schon wieder gefangen fühlte.

Er wunderte sich, daß es nicht selbst schon darauf gekommen war, sich ein bißchen sein zu machen.

„Wann es denn sein muß!“ sagte er Ismer und bog sich in die Küche, die er auch nicht so ordentlich fand, wie sie seiner Meinung nach hätte sein müssen. Schließlich aber konnte man es Emilie auch nicht allzu sehr übelnehmen, daß sie sich um die Wirtschaft nicht so kümmerte, wie vorher. Die Hauptperson war doch nicht mehr da. Wenigstens konnte er es für einen Augenblick dazu bringen, sich etwas derartiges einzureden. (Fortsetzung folgt.)

loswerden, ob diese Kreise irgendeine besondere Demonstration an dieses Ereignis anzuknüpfen die Absicht haben.

Wie dem auch sei, wenn wir das „deutsche“ Tagelsgeschehen nach diesen Neuheiten bewerten sollen, dann ist es allerdings nicht weit her!

Bericht über den Verband Berlin-Brandenburg

Das Referentenmaterial ist soeben erschienen. Bestellungen sind an das Verbandsbüro, Breite Str. 8-9, aufzugeben. Es erscheint monatlich zweimal, und zwar am 10. und 20. d. M. Der Versand erfolgt durch die Buchhandlung „Freiheit“, Breite Straße 8-9, und beträgt der Preis mit Porto pro Exemplar 80 Pf. Im Abonnement vierteljährlich 4,80 M. einschl. Porto und ist der Betrag der Buchhandlung vorher einzulösen. Die Geschäftsleitung.

Proletarische Feiertage

Eintrittskarten zu der Veranstaltung am Sonntag, den 16. Januar und Sonntag, den 20. Januar, sind heute in allen Zahlabenden zu haben. Ferner in der Buchhandlung „Freiheit“, Breite Straße 8-9, in den Expeditionen der „Freiheit“, in der Berliner Gewerkschaftskommission und in den Bureaus der Verbände.

Sprechchor. Morgen, Donnerstag, abends 7 Uhr, pünktlich, in der Aula des Sophien-Realgymnasiums, Steinstraße, Hauptprobe zur Aufführung am Sonntag: „Erlösung“ von Bruno Schönlank. Alle Mitglieder müssen bestimmt erscheinen.

Tarifverhandlungen im Rathaus

Die Aufnahme der vor acht Tagen gescheiterten Verhandlungen zwischen dem Magistrat und den Arbeitnehmerorganisationen erfolgte am Dienstag, den 11. d. M. Die Tarifdeputation des Magistrats hatte hierzu beschlossen, alle Organisationen, die an den Tarifen der Arbeiter oder Angestellten beteiligt waren, heranzuziehen. Dieser Beschluss fand nicht die Zustimmung der im Lohnartikel vereinigten Organisationen. Die im Lohnartikel stehenden Arbeiter beantragten hierauf gesonderte Verhandlungen, analog den bestehenden Verhältnissen der besonderen Tarife für Arbeiter und Angestellte. Am Freitag der Verhandlungen zu ermöglichen, sagten sich nunmehr die Vertreter der verschiedenen Angestelltenorganisationen zurück: es wurde darauf in die Verhandlungen eingetreten. Nach den Darlegungen der Vertreter der Arbeitnehmerverbände wurden die Verhandlungen verweigert.

Verzweiflungstat einer unglücklichen Frau

Die Postkassensfrau Friederike Lindemann, die im Hause im Kollpiaz 2 wohnte, vergiftete sich mit einer noch nicht festgestellten Giftdosis, nachdem sie ihre beiden Kinder, die 10jährige Ilse und die 7jährige Margarete, mit einer kleinen Pistole zu erschließen versucht hatte. Als man die drei Personen aufsuchte, fanden sie noch Lebenszeichen von sich und man brachte sie schnellst nach dem Birchow-Krankenhaus. Frau Lindemann ist hier bald darauf der Wirkung des offenbar starken Giftes erlegen. Die beiden Kinder haben Schuppenröteln an der rechten Schläfe. Ob sie mit dem Leben davontommen, ist noch zweifelhaft. Nach den bisherigen Feststellungen hat ein unglückliches Eheleben die Frau zu der Verzweiflungstat getrieben.

Die Deputation für Jugendwohlfahrtspflege beschäftigte sich unter Vorsitz der Frau Stadträtin West heute mit den Fragen der Organisation der Jugendpflege und der Leibesübungen und mit den dazu gemachten Vorschlägen. Die Aussprache ergab die Forderung, einen besonderen Ausschuss für Jugendpflege und einen solchen für Leibesübungen zu bilden. Außerdem soll der Zentralen Deputation für Jugendwohlfahrt ein dritter Ausschuss unterstehen für Jugendfürsorge und Vormundschaften sowie ein Ausschuss für Ueberwachung und Bewilligung von Mitteln an private Anstalten und Einrichtungen. Der Gesamtplan wird alsbald dem Magistrat unterbreitet werden.

Notgeld bei der Straßenbahn. Der Verwaltungsrat der Berliner Straßenbahn hat in der von der Stadtordeordnetenversammlung angeregten Frage der Ausgabe von Notgeld die Leitung der Straßenbahn ermächtigt, die Verlebung und Erhebung über die Einführung von Zelluloidmarken im Werte von 10 und 20 Pfennigen. Diese Wertmarken sollen gleichzeitig der Kasse dienen, wodurch die Straßenbahn kostenlos in den Besitz des Notgeldes gelangen würde. Die Verlebung ist noch nicht abgeschlossen.

Sechzigstündiges Leben. Der 43jährige Wächter Anton B. starb gestern in den Landwehrkanal und wäre unsehbar erstunden, wenn ihm nicht der Monteur Max Wendler, Philippstraße 13a, sofort nachgeholfen und ihn herausgezogen hätte. Der Lebensmüde land im Elisabeth-Krankenhaus Aufnahme. Das Motiv zu der Tat ist noch unbekannt. Zwischen der Herzules- und Cornelius-Brücke sprang gestern abend die 22jährige Kranke

schweizer Margarete L. ins Wasser. Die Unglückliche, die in Siemensstadt wohnte, wurde von Passanten wieder herausgezogen. Getränktes Erbgelüht soll sie zu dem Schritt getrieben haben.

Schwerer Unfall eines Lokomotivführers. Der 33 Jahre alte Lokomotivführer Kurt Ramenoff von der Betriebswerkstätte des Schlesienschen Bahnhofes führte gestern abend einen Zug, der von Spandau kam. Als der Zug in die Halle des Bahnhofs Zoologischer Garten einfuhr, heugte sich K. so weit aus der Lokomotive hinaus, daß er mit dem Kopfe gegen einen Pfeiler stieß und auf die Straße hinabfiel, wo er schwer verletzt und bewußtlos liegen blieb. Man brachte ihn zunächst nach der Unfallstation am Kurfürstendamm.

Zu der Festziehung des Kriminalwachmeisters Behne wird uns mitgeteilt, daß von Beamten der Ostwache gestern abend in einer Schanzwirtschafft in der Rigauer Straße ein Mann festgenommen wurde, der sich durch Neuheiten verdächtig gemacht, entweder an dem Verbrechen beteiligt zu sein oder über den Täter näheres zu wissen. Auf der Wache legnete der Verhaftete an der Tat beteiligt zu sein oder von ihr zu wissen.

Verloren. Eine Aktentasche mit Beitragsmarken und Mitgliedsbüchern des Buchbinder-Verbandes ist einem Bezirkskassierer im Stadtbahnhof zwischen Potsdamer Platz und Reichsallee abhanden gekommen. Der ehrliche Finder wird gebeten, dieselbe im Bureau des Buchbinder-Verbandes, Engel-Platz 13 II, Zimmer 39, abzugeben, da der Finderer ersatzpflichtig ist.

Aus den Berliner Organisationen

Mitgliederwahl 10. Distrikt. Die am Freitag stattgefundenen, stark besuchte Mitgliederwahl, nahm Stellung zur preussischen Landtagswahl und Aufstellung des Kandidaten. Genosse Dr. West sprach über die Bedeutung der kommenden Landtagswahlen. Die Dispositionen sowie der Vorsitzende Genosse Grohmann unterstützten die trefflichen Ausführungen des Genossen West. Die Aufstellung des Kandidaten erob einmütig die Kandidatur des Genossen Dr. West. Als 2. Vorsitzender wurde der Genosse Hempel einstimmig gewählt. In die Landtagswahl-Kommission, welche in Verbindung mit dem 9. Distrikt den Wahlkreis Langermünde zu bearbeiten hat, wurden fünf Genossen und sieben Genossen gewählt.

Gewerkschaftliches

Wo bleibt die Achtung vor der Reichsverfassung?

Vom Bund der technischen Angestellten und Beamten wird uns mitgeteilt:

Seit einem Jahr bemüht sich der Bund um Einleitung von Verhandlungen mit dem Herrn Landesdirektor der Provinz Brandenburg zwecks Regelung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen der technischen Beamten der Provinzialverwaltung. Bisherum verhandelte sich der Herr Landesdirektor hien. sein Personalreferent hinter dem Argument, daß die technischen Beamten doppelorganisiert seien und zwar außer bei uns auch noch in der „Gewerkschaftlichen Vereinigung der Provinzialbeamten“, einer lediglich die Provinzialbeamten umfassenden Splitterorganisation, deren Vertreter infolge ihrer wirtschaftlichen Abhängigkeit von dem Herrn Landesdirektor wohl etwas „vorsichtiger“ auftreten als der Gewerkschaftsvertreter des Bundes. Mit der „Interessengruppe“ durch diese Vereinigung im höchsten Grade unzufrieden, beauftragte ein erheblicher Teil der technischen Beamten schließlich den Bund schriftlich mit der alleinigen Interessenvertretung. Auf die Ueberreichung dieser Aktio-Legitimation antwortete der Herr Landesdirektor mit Schreiben vom 28. Dezember 1920, daß er es auch weiter ablehnt, „über die Angelegenheiten der technischen Beamten mit Ihnen (d. h. dem Bund) zu verhandeln. Nach den zurzeit geltenden gesetzlichen Bestimmungen hat hier lediglich der Beamtenausschuss mitzuwirken.“

So steht die in Artikel 159 der Reichsverfassung „jedermann“ gewährleistete „Vereinigungsfreiheit zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen“ und die Anerkennung der Organisationsfreiheit heute — anderthalb Jahre nach Verabschiedung der Reichsverfassung — in Wirklichkeit aus. Wie wir hören, ist der preussische Minister des Innern — als Aufsichtsbehörde — um seine Ansicht über diese Praxis des Herrn Landesdirektors gebeten worden, der hoffentlich die erforderliche Rechtsbelehrung erfahren wird. Aber das ist nur eine der unzähligen vielen Einzelfälle, die erst dann restlos beseitigt werden können, wenn endlich das längst in einem gemeinsamen Entwurf des deutschen Beamtenbundes, des A. D. G. B. und der Afa vorliegende Beamtenrätegesetz zur Verabschiedung gelangt.

Arbeiterport-Kongress in Jena

Den Delegierten hiermit zur Mitteilung, daß infolge kommunikativer Rückschläge sich eine Vorbereitungs- und Delegierten am Freitag, den 14. Januar, nötig macht. Wir berufen die Sitzung auf abends 8 Uhr nach Jena, Gewerkschaftshaus ein und bitten alle Delegierten, so zeitig einzutreffen, daß sie an der Sitzung teilnehmen können. Zentralkommission für Sport- und Körperpflege. Bildung.

Aus den Organisationen

- 1. Distrikt. Jahnabend: 1. Abteilung: Kidel, Teilmeyer Str. 16; 2. Abteilung: Schmelpe, Kollpiaz 2; 3. Abteilung: Weg 118-117, 123, 124, 126, 127; 4. Abteilung: Diefenbacher Str. 76; 5. Abteilung: Kollpiaz 2; 6. Abteilung: Weg 118-120; 7. Abteilung: Kollpiaz 2; 8. Abteilung: Weg 118-120; 9. Abteilung: Kollpiaz 2; 10. Abteilung: Weg 118-120; 11. Abteilung: Kollpiaz 2; 12. Abteilung: Weg 118-120; 13. Abteilung: Kollpiaz 2; 14. Abteilung: Weg 118-120; 15. Abteilung: Kollpiaz 2; 16. Abteilung: Weg 118-120; 17. Abteilung: Kollpiaz 2; 18. Abteilung: Weg 118-120; 19. Abteilung: Kollpiaz 2; 20. Abteilung: Weg 118-120; 21. Abteilung: Kollpiaz 2; 22. Abteilung: Weg 118-120; 23. Abteilung: Kollpiaz 2; 24. Abteilung: Weg 118-120; 25. Abteilung: Kollpiaz 2; 26. Abteilung: Weg 118-120; 27. Abteilung: Kollpiaz 2; 28. Abteilung: Weg 118-120; 29. Abteilung: Kollpiaz 2; 30. Abteilung: Weg 118-120; 31. Abteilung: Kollpiaz 2; 32. Abteilung: Weg 118-120; 33. Abteilung: Kollpiaz 2; 34. Abteilung: Weg 118-120; 35. Abteilung: Kollpiaz 2; 36. Abteilung: Weg 118-120; 37. Abteilung: Kollpiaz 2; 38. Abteilung: Weg 118-120; 39. Abteilung: Kollpiaz 2; 40. Abteilung: Weg 118-120; 41. Abteilung: Kollpiaz 2; 42. Abteilung: Weg 118-120; 43. Abteilung: Kollpiaz 2; 44. Abteilung: Weg 118-120; 45. Abteilung: Kollpiaz 2; 46. Abteilung: Weg 118-120; 47. Abteilung: Kollpiaz 2; 48. Abteilung: Weg 118-120; 49. Abteilung: Kollpiaz 2; 50. Abteilung: Weg 118-120; 51. Abteilung: Kollpiaz 2; 52. Abteilung: Weg 118-120; 53. Abteilung: Kollpiaz 2; 54. Abteilung: Weg 118-120; 55. Abteilung: Kollpiaz 2; 56. Abteilung: Weg 118-120; 57. Abteilung: Kollpiaz 2; 58. Abteilung: Weg 118-120; 59. Abteilung: Kollpiaz 2; 60. Abteilung: Weg 118-120; 61. Abteilung: Kollpiaz 2; 62. Abteilung: Weg 118-120; 63. Abteilung: Kollpiaz 2; 64. Abteilung: Weg 118-120; 65. Abteilung: Kollpiaz 2; 66. Abteilung: Weg 118-120; 67. Abteilung: Kollpiaz 2; 68. Abteilung: Weg 118-120; 69. Abteilung: Kollpiaz 2; 70. Abteilung: Weg 118-120; 71. Abteilung: Kollpiaz 2; 72. Abteilung: Weg 118-120; 73. Abteilung: Kollpiaz 2; 74. Abteilung: Weg 118-120; 75. Abteilung: Kollpiaz 2; 76. Abteilung: Weg 118-120; 77. Abteilung: Kollpiaz 2; 78. Abteilung: Weg 118-120; 79. Abteilung: Kollpiaz 2; 80. Abteilung: Weg 118-120; 81. Abteilung: Kollpiaz 2; 82. Abteilung: Weg 118-120; 83. Abteilung: Kollpiaz 2; 84. Abteilung: Weg 118-120; 85. Abteilung: Kollpiaz 2; 86. Abteilung: Weg 118-120; 87. Abteilung: Kollpiaz 2; 88. Abteilung: Weg 118-120; 89. Abteilung: Kollpiaz 2; 90. Abteilung: Weg 118-120; 91. Abteilung: Kollpiaz 2; 92. Abteilung: Weg 118-120; 93. Abteilung: Kollpiaz 2; 94. Abteilung: Weg 118-120; 95. Abteilung: Kollpiaz 2; 96. Abteilung: Weg 118-120; 97. Abteilung: Kollpiaz 2; 98. Abteilung: Weg 118-120; 99. Abteilung: Kollpiaz 2; 100. Abteilung: Weg 118-120; 101. Abteilung: Kollpiaz 2; 102. Abteilung: Weg 118-120; 103. Abteilung: Kollpiaz 2; 104. Abteilung: Weg 118-120; 105. Abteilung: Kollpiaz 2; 106. Abteilung: Weg 118-120; 107. Abteilung: Kollpiaz 2; 108. Abteilung: Weg 118-120; 109. Abteilung: Kollpiaz 2; 110. Abteilung: Weg 118-120; 111. Abteilung: Kollpiaz 2; 112. Abteilung: Weg 118-120; 113. Abteilung: Kollpiaz 2; 114. Abteilung: Weg 118-120; 115. Abteilung: Kollpiaz 2; 116. Abteilung: Weg 118-120; 117. Abteilung: Kollpiaz 2; 118. Abteilung: Weg 118-120; 119. Abteilung: Kollpiaz 2; 120. Abteilung: Weg 118-120; 121. Abteilung: Kollpiaz 2; 122. Abteilung: Weg 118-120; 123. Abteilung: Kollpiaz 2; 124. Abteilung: Weg 118-120; 125. Abteilung: Kollpiaz 2; 126. Abteilung: Weg 118-120; 127. Abteilung: Kollpiaz 2; 128. Abteilung: Weg 118-120; 129. Abteilung: Kollpiaz 2; 130. Abteilung: Weg 118-120; 131. Abteilung: Kollpiaz 2; 132. Abteilung: Weg 118-120; 133. Abteilung: Kollpiaz 2; 134. Abteilung: Weg 118-120; 135. Abteilung: Kollpiaz 2; 136. Abteilung: Weg 118-120; 137. Abteilung: Kollpiaz 2; 138. Abteilung: Weg 118-120; 139. Abteilung: Kollpiaz 2; 140. Abteilung: Weg 118-120; 141. Abteilung: Kollpiaz 2; 142. Abteilung: Weg 118-120; 143. Abteilung: Kollpiaz 2; 144. Abteilung: Weg 118-120; 145. Abteilung: Kollpiaz 2; 146. Abteilung: Weg 118-120; 147. Abteilung: Kollpiaz 2; 148. Abteilung: Weg 118-120; 149. Abteilung: Kollpiaz 2; 150. Abteilung: Weg 118-120; 151. Abteilung: Kollpiaz 2; 152. Abteilung: Weg 118-120; 153. Abteilung: Kollpiaz 2; 154. Abteilung: Weg 118-120; 155. Abteilung: Kollpiaz 2; 156. Abteilung: Weg 118-120; 157. Abteilung: Kollpiaz 2; 158. Abteilung: Weg 118-120; 159. Abteilung: Kollpiaz 2; 160. Abteilung: Weg 118-120; 161. Abteilung: Kollpiaz 2; 162. Abteilung: Weg 118-120; 163. Abteilung: Kollpiaz 2; 164. Abteilung: Weg 118-120; 165. Abteilung: Kollpiaz 2; 166. Abteilung: Weg 118-120; 167. Abteilung: Kollpiaz 2; 168. Abteilung: Weg 118-120; 169. Abteilung: Kollpiaz 2; 170. Abteilung: Weg 118-120; 171. Abteilung: Kollpiaz 2; 172. Abteilung: Weg 118-120; 173. Abteilung: Kollpiaz 2; 174. Abteilung: Weg 118-120; 175. Abteilung: Kollpiaz 2; 176. Abteilung: Weg 118-120; 177. Abteilung: Kollpiaz 2; 178. Abteilung: Weg 118-120; 179. Abteilung: Kollpiaz 2; 180. Abteilung: Weg 118-120; 181. Abteilung: Kollpiaz 2; 182. Abteilung: Weg 118-120; 183. Abteilung: Kollpiaz 2; 184. Abteilung: Weg 118-120; 185. Abteilung: Kollpiaz 2; 186. Abteilung: Weg 118-120; 187. Abteilung: Kollpiaz 2; 188. Abteilung: Weg 118-120; 189. Abteilung: Kollpiaz 2; 190. Abteilung: Weg 118-120; 191. Abteilung: Kollpiaz 2; 192. Abteilung: Weg 118-120; 193. Abteilung: Kollpiaz 2; 194. Abteilung: Weg 118-120; 195. Abteilung: Kollpiaz 2; 196. Abteilung: Weg 118-120; 197. Abteilung: Kollpiaz 2; 198. Abteilung: Weg 118-120; 199. Abteilung: Kollpiaz 2; 200. Abteilung: Weg 118-120; 201. Abteilung: Kollpiaz 2; 202. Abteilung: Weg 118-120; 203. Abteilung: Kollpiaz 2; 204. Abteilung: Weg 118-120; 205. Abteilung: Kollpiaz 2; 206. Abteilung: Weg 118-120; 207. Abteilung: Kollpiaz 2; 208. Abteilung: Weg 118-120; 209. Abteilung: Kollpiaz 2; 210. Abteilung: Weg 118-120; 211. Abteilung: Kollpiaz 2; 212. Abteilung: Weg 118-120; 213. Abteilung: Kollpiaz 2; 214. Abteilung: Weg 118-120; 215. Abteilung: Kollpiaz 2; 216. Abteilung: Weg 118-120; 217. Abteilung: Kollpiaz 2; 218. Abteilung: Weg 118-120; 219. Abteilung: Kollpiaz 2; 220. Abteilung: Weg 118-120; 221. Abteilung: Kollpiaz 2; 222. Abteilung: Weg 118-120; 223. Abteilung: Kollpiaz 2; 224. Abteilung: Weg 118-120; 225. Abteilung: Kollpiaz 2; 226. Abteilung: Weg 118-120; 227. Abteilung: Kollpiaz 2; 228. Abteilung: Weg 118-120; 229. Abteilung: Kollpiaz 2; 230. Abteilung: Weg 118-120; 231. Abteilung: Kollpiaz 2; 232. Abteilung: Weg 118-120; 233. Abteilung: Kollpiaz 2; 234. Abteilung: Weg 118-120; 235. Abteilung: Kollpiaz 2; 236. Abteilung: Weg 118-120; 237. Abteilung: Kollpiaz 2; 238. Abteilung: Weg 118-120; 239. Abteilung: Kollpiaz 2; 240. Abteilung: Weg 118-120; 241. Abteilung: Kollpiaz 2; 242. Abteilung: Weg 118-120; 243. Abteilung: Kollpiaz 2; 244. Abteilung: Weg 118-120; 245. Abteilung: Kollpiaz 2; 246. Abteilung: Weg 118-120; 247. Abteilung: Kollpiaz 2; 248. Abteilung: Weg 118-120; 249. Abteilung: Kollpiaz 2; 250. Abteilung: Weg 118-120; 251. Abteilung: Kollpiaz 2; 252. Abteilung: Weg 118-120; 253. Abteilung: Kollpiaz 2; 254. Abteilung: Weg 118-120; 255. Abteilung: Kollpiaz 2; 256. Abteilung: Weg 118-120; 257. Abteilung: Kollpiaz 2; 258. Abteilung: Weg 118-120; 259. Abteilung: Kollpiaz 2; 260. Abteilung: Weg 118-120; 261. Abteilung: Kollpiaz 2; 262. Abteilung: Weg 118-120; 263. Abteilung: Kollpiaz 2; 264. Abteilung: Weg 118-120; 265. Abteilung: Kollpiaz 2; 266. Abteilung: Weg 118-120; 267. Abteilung: Kollpiaz 2; 268. Abteilung: Weg 118-120; 269. Abteilung: Kollpiaz 2; 270. Abteilung: Weg 118-120; 271. Abteilung: Kollpiaz 2; 272. Abteilung: Weg 118-120; 273. Abteilung: Kollpiaz 2; 274. Abteilung: Weg 118-120; 275. Abteilung: Kollpiaz 2; 276. Abteilung: Weg 118-120; 277. Abteilung: Kollpiaz 2; 278. Abteilung: Weg 118-120; 279. Abteilung: Kollpiaz 2; 280. Abteilung: Weg 118-120; 281. Abteilung: Kollpiaz 2; 282. Abteilung: Weg 118-120; 283. Abteilung: Kollpiaz 2; 284. Abteilung: Weg 118-120; 285. Abteilung: Kollpiaz 2; 286. Abteilung: Weg 118-120; 287. Abteilung: Kollpiaz 2; 288. Abteilung: Weg 118-120; 289. Abteilung: Kollpiaz 2; 290. Abteilung: Weg 118-120; 291. Abteilung: Kollpiaz 2; 292. Abteilung: Weg 118-120; 293. Abteilung: Kollpiaz 2; 294. Abteilung: Weg 118-120; 295. Abteilung: Kollpiaz 2; 296. Abteilung: Weg 118-120; 297. Abteilung: Kollpiaz 2; 298. Abteilung: Weg 118-120; 299. Abteilung: Kollpiaz 2; 300. Abteilung: Weg 118-120; 301. Abteilung: Kollpiaz 2; 302. Abteilung: Weg 118-120; 303. Abteilung: Kollpiaz 2; 304. Abteilung: Weg 118-120; 305. Abteilung: Kollpiaz 2; 306. Abteilung: Weg 118-120; 307. Abteilung: Kollpiaz 2; 308. Abteilung: Weg 118-120; 309. Abteilung: Kollpiaz 2; 310. Abteilung: Weg 118-120; 311. Abteilung: Kollpiaz 2; 312. Abteilung: Weg 118-120; 313. Abteilung: Kollpiaz 2; 314. Abteilung: Weg 118-120; 315. Abteilung: Kollpiaz 2; 316. Abteilung: Weg 118-120; 317. Abteilung: Kollpiaz 2; 318. Abteilung: Weg 118-120; 319. Abteilung: Kollpiaz 2; 320. Abteilung: Weg 118-120; 321. Abteilung: Kollpiaz 2; 322. Abteilung: Weg 118-120; 323. Abteilung: Kollpiaz 2; 324. Abteilung: Weg 118-120; 325. Abteilung: Kollpiaz 2; 326. Abteilung: Weg 118-120; 327. Abteilung: Kollpiaz 2; 328. Abteilung: Weg 118-120; 329. Abteilung: Kollpiaz 2; 330. Abteilung: Weg 118-120; 331. Abteilung: Kollpiaz 2; 332. Abteilung: Weg 118-120; 333. Abteilung: Kollpiaz 2; 334. Abteilung: Weg 118-120; 335. Abteilung: Kollpiaz 2; 336. Abteilung: Weg 118-120; 337. Abteilung: Kollpiaz 2; 338. Abteilung: Weg 118-120; 339. Abteilung: Kollpiaz 2; 340. Abteilung: Weg 118-120; 341. Abteilung: Kollpiaz 2; 342. Abteilung: Weg 118-120; 343. Abteilung: Kollpiaz 2; 344. Abteilung: Weg 118-120; 345. Abteilung: Kollpiaz 2; 346. Abteilung: Weg 118-120; 347. Abteilung: Kollpiaz 2; 348. Abteilung: Weg 118-120; 349. Abteilung: Kollpiaz 2; 350. Abteilung: Weg 118-120; 351. Abteilung: Kollpiaz 2; 352. Abteilung: Weg 118-120; 353. Abteilung: Kollpiaz 2; 354. Abteilung: Weg 118-120; 355. Abteilung: Kollpiaz 2; 356. Abteilung: Weg 118-120; 357. Abteilung: Kollpiaz 2; 358. Abteilung: Weg 118-120; 359. Abteilung: Kollpiaz 2; 360. Abteilung: Weg 118-120; 361. Abteilung: Kollpiaz 2; 362. Abteilung: Weg 118-120; 363. Abteilung: Kollpiaz 2; 364. Abteilung: Weg 118-120; 365. Abteilung: Kollpiaz 2; 366. Abteilung: Weg 118-120; 367. Abteilung: Kollpiaz 2; 368. Abteilung: Weg 118-120; 369. Abteilung: Kollpiaz 2; 370. Abteilung: Weg 118-120; 371. Abteilung: Kollpiaz 2; 372. Abteilung: Weg 118-120; 373. Abteilung: Kollpiaz 2; 374. Abteilung: Weg 118-120; 375. Abteilung: Kollpiaz 2; 376. Abteilung: Weg 118-120; 377. Abteilung: Kollpiaz 2; 378. Abteilung: Weg 118-120; 379. Abteilung: Kollpiaz 2; 380. Abteilung: Weg 118-120; 381. Abteilung: Kollpiaz 2; 382. Abteilung: Weg 118-120; 383. Abteilung: Kollpiaz 2; 384. Abteilung: Weg 118-120; 385. Abteilung: Kollpiaz 2; 386. Abteilung: Weg 118-120; 387. Abteilung: Kollpiaz 2; 388. Abteilung: Weg 118-120; 389. Abteilung: Kollpiaz 2; 390. Abteilung: Weg 118-120; 391. Abteilung: Kollpiaz 2; 392. Abteilung: Weg 118-120; 393. Abteilung: Kollpiaz 2; 394. Abteilung: Weg 118-120; 395. Abteilung: Kollpiaz 2; 396. Abteilung: Weg 118-120; 397. Abteilung: Kollpiaz 2; 398. Abteilung: Weg 118-120; 399. Abteilung: Kollpiaz 2; 400. Abteilung: Weg 118-120; 401. Abteilung: Kollpiaz 2; 402. Abteilung: Weg 118-120; 403. Abteilung: Kollpiaz 2; 404. Abteilung: Weg 118-120; 405. Abteilung: Kollpiaz 2; 406. Abteilung: Weg 118-120; 407. Abteilung: Kollpiaz 2; 408. Abteilung: Weg 118-120; 409. Abteilung: Kollpiaz 2; 410. Abteilung: Weg 118-120; 411. Abteilung: Kollpiaz 2; 412. Abteilung: Weg 118-120; 413. Abteilung: Kollpiaz 2; 414. Abteilung: Weg 118-120; 415. Abteilung: Kollpiaz 2; 416. Abteilung: Weg 118-120; 417. Abteilung: Kollpiaz 2; 418. Abteilung: Weg 118-120; 419. Abteilung: Kollpiaz 2; 420. Abteilung: Weg 118-120; 421. Abteilung: Kollpiaz 2; 422. Abteilung: Weg 118-120; 423. Abteilung: Kollpiaz 2; 424. Abteilung: Weg 118-120; 425. Abteilung: Kollpiaz 2; 426. Abteilung: Weg 118-120; 427. Abteilung: Kollpiaz 2; 428. Abteilung: Weg 118-120; 429. Abteilung: Kollpiaz 2; 430. Abteilung: Weg 118-120; 431. Abteilung: Kollpiaz 2; 432. Abteilung: Weg 118-120; 433. Abteilung: Kollpiaz 2; 434. Abteilung: Weg 118-120; 435. Abteilung: Kollpiaz 2; 436. Abteilung: Weg 118-120; 437. Abteilung: Kollpiaz 2; 438. Abteilung: Weg 118-120; 439. Abteilung: Kollpiaz 2; 440. Abteilung: Weg 118-120; 441. Abteilung: Kollpiaz 2; 442. Abteilung: Weg 118-120; 443. Abteilung: Kollpiaz 2; 444. Abteilung: Weg 118-120; 445. Abteilung: Kollpiaz 2; 446. Abteilung: Weg 118-120; 447. Abteilung: Kollpiaz 2; 448. Abteilung: Weg 118-120; 449. Abteilung: Kollpiaz 2; 450. Abteilung: Weg 118-120; 451. Abteilung: Kollpiaz 2; 452. Abteilung: Weg 118-120; 453. Abteilung: Kollpiaz 2; 454. Abteilung: Weg 118-120; 455. Abteilung: Kollpiaz 2; 456. Abteilung: Weg 118-120; 457. Abteilung: Kollpiaz 2; 458. Abteilung: Weg 118-120; 459. Abteilung: Kollpiaz 2; 460. Abteilung: Weg 118-120; 461. Abteilung: Kollpiaz 2; 462. Abteilung: Weg 118-120; 463. Abteilung: Kollpiaz 2; 464. Abteilung: Weg 118-120; 465. Abteilung: Kollpiaz 2; 466. Abteilung: Weg 118-120; 467. Abteilung: Kollpiaz 2; 468. Abteilung: Weg 118-120; 469. Abteilung: Kollpiaz 2; 470. Abteilung: Weg 118-120; 471. Abteilung: Kollpiaz 2; 472. Abteilung: Weg 118-120; 473. Abteilung: Kollpiaz 2; 474. Abteilung: Weg 118-120; 475. Abteilung: Kollpiaz 2; 476. Abteilung: Weg 118-120; 477. Abteilung: Kollpiaz 2; 478. Abteilung: Weg 118-120; 479. Abteilung: Kollpiaz 2; 480. Abteilung: Weg 118-120; 481. Abteilung: Kollpiaz 2; 482. Abteilung: Weg 118-120; 483. Abteilung: Kollpiaz 2; 484. Abteilung: Weg 118-120; 485. Abteilung: Kollpiaz 2; 486. Abteilung: Weg 118-120; 487. Abteilung: Kollpiaz 2; 488. Abteilung: Weg 118-120; 489. Abteilung: Kollpiaz 2; 490. Abteilung: Weg 118-120; 491. Abteilung: Kollpiaz 2; 492. Abteilung: Weg 118-120; 493. Abteilung: Kollpiaz 2; 494. Abteilung: Weg 118-120; 495. Abteilung: Kollpiaz 2; 496. Abteilung: Weg 118-120; 497. Abteilung: Kollpiaz 2; 498. Abteilung: Weg 118-120; 499. Abteilung: Kollpiaz 2; 500. Abteilung: Weg 118-120; 501. Abteilung: Kollpiaz 2; 502. Abteilung: Weg 118-120; 503. Abteilung: Kollpiaz 2; 504. Abteilung: Weg 118-120; 505. Abteilung: Kollpiaz 2; 506. Abteilung: Weg 118-120; 507. Abteilung: Kollpiaz 2; 508. Abteilung: Weg 118-120; 509. Abteilung: Kollpiaz 2; 510. Abteilung: Weg 118-120; 511. Abteilung: Kollpiaz 2; 512. Abteilung: Weg 118-120; 513. Abteilung: Kollpiaz 2; 514. Abteilung: Weg 118-120; 515. Abteilung: Kollpiaz 2; 516. Abteilung: Weg 118-120; 517. Abteilung: Kollpiaz 2; 518. Abteilung: Weg 118-120; 519. Abteilung: Kollpiaz 2; 520. Abteilung: Weg 118-120; 521. Abteilung: Kollpiaz 2; 522. Abteilung: Weg 118-120; 523. Abteilung: Kollpiaz 2; 524. Abteilung: Weg 118-120; 525. Abteilung: Kollpiaz 2; 526. Abteilung: Weg 118-120; 527. Abteilung: Kollpiaz 2; 528. Abteilung: Weg 118-120; 529. Abteilung: Kollpiaz 2; 530. Abteilung: Weg 118-120; 531. Abteilung: Kollpiaz 2; 532. Abteilung: Weg 118-120; 533. Abteilung: Kollpiaz 2; 534. Abteilung: Weg 118-120; 535. Abteilung: Kollpiaz 2; 536. Abteilung: Weg 118-120; 537. Abteilung: Kollpiaz 2; 538. Abteilung: Weg 118-120; 539. Abteilung: Kollpiaz 2; 540. Abteilung: Weg 118-120; 541. Abteilung: Kollpiaz 2; 542. Abteilung: Weg 118-120; 543. Abteilung: Kollpiaz 2; 544. Abteilung: Weg 118-120; 545. Abteilung: Kollpiaz 2; 546. Abteilung: Weg 118-120; 547. Abteilung: Kollpiaz 2; 548. Abteilung: Weg 118-120; 549. Abteilung: Kollpiaz 2; 550. Abteilung: Weg 118-120; 551. Abteilung: Kollpiaz 2; 552. Abteilung: Weg 118-120; 553. Abteilung: Kollpiaz 2; 554. Abteilung: Weg 118-120; 555. Abteilung: Kollpiaz 2; 556. Abteilung: Weg 118-120; 557. Abteilung: Kollpiaz 2; 558. Abteilung: Weg 118-120; 559. Abteilung: Kollpiaz 2; 560. Abteilung: Weg 118-120; 561. Abteilung: Kollpiaz 2; 562. Abteilung: Weg 118-120; 563. Abteilung: Kollpiaz 2; 564. Abteilung: Weg 118-120; 565. Abteilung: Kollpiaz 2; 566. Abteilung: Weg 118-120; 567. Abteilung: Kollpiaz 2; 568. Abteilung: Weg 118-120; 569. Abteilung: Kollpiaz 2; 570. Abteilung: Weg 118-120; 571. Abteilung: Kollpiaz 2; 572. Abteilung: Weg 118-120; 573. Abteilung: Kollpiaz 2; 574. Abteilung: Weg 118-120; 575. Abteilung: Kollpiaz 2; 576. Abteilung: Weg 118-120; 577. Abteilung: Kollpiaz 2; 578. Abteilung: Weg 118-120; 579. Abteilung: Kollpiaz 2; 580. Abteilung: Weg 118-120; 581. Abteilung: Kollpiaz 2; 582. Abteilung: Weg 118-120; 583. Abteilung: Kollpiaz 2; 584. Abteilung: Weg 118-120; 585. Abteilung: Kollpiaz 2; 586. Abteilung: Weg 118-120; 587. Abteilung: Kollpiaz 2; 588. Abteilung: Weg 118-120; 589. Abteilung: Kollpiaz 2; 590. Abteilung: Weg 118-120; 591. Abteilung: Kollpiaz 2; 592. Abteilung: Weg 118-120; 593. Abteilung: Kollpiaz 2; 594. Abteilung: Weg 118-120; 595. Abteilung: Kollpiaz 2; 596. Abteilung: Weg 118-120; 597. Abteilung: Kollpiaz 2; 5